

Eva Maria Gajek

## Sichtbarmachung von Reichtum

### Das Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen

Im Oktober 2008 löste der Theaterregisseur Volker Lösch einen Skandal am Hamburger Schauspielhaus aus.<sup>1</sup> Als Schlusszene des Stücks »Marat, was ist aus unserer Revolution geworden?« ließ er von Hartz-IV-Empfängern eine Liste der reichsten Hamburger verlesen: Name, Vermögen und Adresse des Firmensitzes wurden genannt.<sup>2</sup> Vier Millionäre hatten zuvor bereits Unterlassungsklage eingereicht. Einige folgten nach der Premiere, darunter der Hamburger Mäzen und Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma. Auch vonseiten der lokalen Politik gab es vor der Aufführung Proteste. Insbesondere die damalige Senatorin für Kultur, Sport und Medien, Karin von Welck, befürchtete, mit dem Stück prominente Hamburger Stifter zu verärgern, und äußerte sich wenige Tage nach der Premiere in einer Presseerklärung folgendermaßen:

»Was durch diese selbstgefällige Kritik zu kurz kommt, ist die Tatsache, dass die genannten Personen **große Wohltäter** Hamburgs sind. Es sind Menschen, die vielen ermöglichen, an den Angeboten dieser Stadt teilzuhaben. Es sind Menschen, die nicht nur durch ihre sehr großzügigen Spenden der Hansestadt und ihren Bürgern wohl tun, sondern auch über die Steuern, die sie zahlen. Ohne sie würden wir alle in einer ärmeren Stadt leben.«<sup>3</sup>

Das Hamburger Schauspielhaus und auch Volker Lösch verwahrten sich jedoch gegen eine solche Verurteilung. Das alleinige Verlesen der Namen und des Vermögens impliziere keinesfalls eine Bewertung des gesellschaftlichen Verhaltens der aufgelisteten Personen. Bereits der Pressemappe für das Stück lag eine Mitteilung bei, die erklärte, wie die Schlusszene zu verstehen sei: »Die auf der Bühne vorgetragenen Fakten, die nicht mehr leisten, als den derzeitigen Zustand unserer Gesellschaft zu beleuchten, sollen weder individuelle moralische Verurteilungen oder Gewalt provozieren noch spekulative Aufmerksamkeit für einen Theaterabend erzeugen.«<sup>4</sup> Die Theatermacher widersprachen dem Vorwurf sozialreformerischer Tendenzen und betonten, dass vielmehr die Diskussionen nach dem Stück einen Zustand der Gesellschaft belegen würden, der kritisch zu hinterfragen sei: Über Armut dürfe geredet werden, über Reichtum jedoch nicht. Der Gesellschaft sei also nicht zwangsläufig durch die Auflistung im Stück, sondern durch die anschließende Debatte der Spiegel vorgehalten worden.

Zweifelsohne ist Volker Lösch für seinen »provozierenden Gestus« und sein »Aufrütteltheater« bekannt, oft wird ihm eine »Vereinfachung« und »Überzeichnung« der Gesellschaft vorgeworfen, und trotzdem gesteht ihm die Kritik zu, auch die »wunden Punkte«

1 Für den Hinweis auf das Stück und seinen »Skandal« danke ich Julia Naunin.

2 Angelehnt war das Stück von Lösch an Peter Weiss' Revolutionsstück »Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats dargestellt durch die Schauspielgruppe des Hospizes zu Charenton unter Anleitung des Herrn de Sade«.

3 Karin von Welck, Pfui! Pressemitteilung zu »Marat, was ist aus unserer Revolution geworden?«, 28.10.2008, URL: <[http://nachtkritik.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=1964&Itemid=60](http://nachtkritik.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1964&Itemid=60)> [27.1.2014] (Hervorhebung im Original).

4 Zit. in: Dirk Pilz, Zwischen Lidl und Lenin. Marat, was ist aus unserer Revolution geworden? – Volker Lösch provoziert wieder, URL: <[http://www.nachtkritik.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=1936&Itemid=1](http://www.nachtkritik.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1936&Itemid=1)> [27.1.2014].

sozialer Ordnungsvorstellungen zu treffen.<sup>5</sup> Lösch tat dies mit dem Stück »Marat, was ist aus unserer Revolution geworden?« in einer Zeit, in der bereits hitzige Debatten über Finanzkrise, soziale Gerechtigkeit und eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in Gang gekommen waren. So verwundert es nicht, dass auch die Kritikerinnen und Kritiker Löschs Stück in diesem Kontext lasen und es gleichzeitig zum Anlass nahmen, den Zustand der Gesellschaft zu kommentieren. Der ZEIT-Journalist Peter Kümmel wies darauf hin, wie »gierig« das »bürgerliche Publikum« beim Verlesen der Reichen-Liste auf neue Millionärnamen und auf immer höhere Zahlen wartete.<sup>6</sup> Schließlich erkläre sich die Sensationsgier auf »die Reichen« auch aus dem Stillschweigen über sie. Angeschlossen daran war nicht zuletzt die Frage, inwieweit Löschs Stück zum sozialen Protest gegen derzeitige Verhältnisse, ja sogar zu einer Revolution beitragen könne, bei der die Zuschauer das Schauspielhaus verlassen und die genannten Adressen aufsuchen würden.

Bereits in den Jahren 1911 bis 1914 listete Rudolf Martin Namen, Adressen und Vermögen in seinem »Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre« für verschiedene deutsche Länder auf<sup>7</sup> – und auch hier existierte die Angst vor ungewollten Besuchern vor den Villen der Reichen des Kaiserreichs. Rudolf Martin (1867–1939) war jedoch kein Theatermacher wie Lösch, sondern ein ehemaliger preußischer Beamter des Reichsamts des Innern.<sup>8</sup> Er war studierter Jurist, der 1897 in den Dienst der preußischen Regierung eingetreten war und seitdem in verschiedenen Positionen gearbeitet hatte: Zunächst im Reichsamt des Innern beschäftigt, wurde er 1901 zum Regierungsrat befördert, jedoch 1905 ins Statistische Amt strafversetzt.<sup>9</sup> Ein Disziplinarverfahren im Jahr 1908, gegen das Martin 20 Jahre lang erfolglos ankämpfen sollte, beendete dann endgültig seine Tätigkeit.<sup>10</sup> Anlass waren beide Male Publikationen, die Martin seit 1887 regelmäßig veröffentlich-

5 Vgl. zu den verschiedenen Kritiken die Zusammenfassung, ebd.

6 Peter Kümmel, Umsturz auf Probe. Auf geht's! Revolution!, in: Die ZEIT, 30.10.2008.

7 Erstausgabe: *Rudolf Martin*, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen, Berlin 1911.

8 Das Sterbedatum variiert fälschlicherweise. Im Deutschen Biographischen Index ist das Todesjahr 1916 angegeben, vgl. Deutscher Biographischer Index. Lambrino – Nordan, 2. u. 3. Ausg., München 1998 und 2004, S. 2247; dies nennt ebenfalls: *Willi A. Boelcke*, Brandenburgische Millionäre im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Friedrich Beck/Wolfgang Hempel/Eckart Henning* (Hrsg.), *Archivistica docet. Beiträge zur Archivwissenschaft und ihres interdisziplinären Umfelds*, Potsdam 1999, S. 393–408, hier: S. 395. In den Preußen-Protokollen wird als Sterbejahr 1925 genannt, vgl. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), *Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38*, Bd. 9: 23. Oktober 1900 bis 13. Juli 1909, Hildesheim/Zürich etc. 2001, S. 391. Das richtige Datum ergibt sich aber aus der Sterbeurkunde: vgl. *Adalbert Brauer*, *Der Verleger und Schriftsteller Rudolf Martin*, in: *Aus dem Antiquariat* 1979, Nr. 11, S. A405–A411, hier: S. A405f.

9 Von 1899 bis 1901 war Martin kommissarischer Hilfsarbeiter und königlich-sächsischer Assessor im Reichsamt des Innern, 1902 übernahm er dort die Position als ständiger Hilfsarbeiter und Regierungsrat, ab 1906 bis zu seiner Entlassung war er Regierungsrat im Statistischen Amt. Vgl. *Handbuch des Deutschen Reiches*, bearb. v. Reichsamt des Innern, Berlin 1898–1909. Vgl. auch die kurzen Einträge zu Rudolf Martin in: *Hermann A. L. Degener*, *Wer ist's?*, IV. Ausgabe, Leipzig 1909, S. 892, sowie VI. Ausgabe, Leipzig 1912, S. 1018.

10 Das Vorgehen gegen das Disziplinarverfahren erklärt sich vor allem durch Pensionsansprüche, die Martin geltend machen wollte: vgl. die Briefe von Rudolf Martin an Dr. Albert, 12.6.1919; Rudolf Martin an den Reichskanzler, 11.7.1928. Dem wurde aber wiederholt nicht stattgegeben, vgl. Der Untersuchungssekretär in der Reichskanzlei an den Herrn Reichsminister des Innern, 16.8.1919; Der Reichskanzler an Rudolf Martin, 16.7.1928, alle in: Bundesarchiv Koblenz, R43I/915. Für die Möglichkeit der Einsichtnahme der kopierten Dokumente danke ich herzlich Stefan Müller.

te.<sup>11</sup> Hatte Hans Delbrück in den »Preußischen Jahrbüchern« das Buch »Die Zukunft Rußlands und Japans. Die deutschen Milliarden in Gefahr. Soll Deutschland die Zeche bezahlen?« von 1905 noch als »politische Tat«<sup>12</sup> bezeichnet, Max Weber es Einwänden zum Trotz »für die Diskussion für recht nützlich« gehalten<sup>13</sup>, sah sich der Reichskanzler des Deutschen Reichs Bernhard von Bülow alsbald persönlich dazu veranlasst, gegen den »Pamphletisten« Martin und sein »dummes Geschwätz« vorzugehen.<sup>14</sup> Nach einer erneuten Veröffentlichung, die gegen den Staatssekretär des Innern, Arthur Graf von Posadowsky-Wehner, gerichtet war, trieb er die Entlassung Martins aus dem Staatsdienst energisch voran.<sup>15</sup> Adalbert Brauer hat festgehalten, dass Fürst Bülow keinen seiner »vermeintlichen und wirklichen Gegner« so scharf angegriffen habe wie Rudolf Martin.<sup>16</sup> Bülow selbst sah Martin sogar als mitschuldig für seinen im Juli 1909 erfolgten Sturz an.<sup>17</sup> Auch der internationalen Presse war Martin daher bekannt. Er hatte im Zuge der Daily-Telegraph-Affäre in mehreren Publikationen Stellung bezogen, die die Massenpresse intensiv rezipierte.<sup>18</sup>

- 11 *Rudolf Martin*, *Der Anarchismus und seine Träger. Enthüllungen aus dem Lager der Anarchisten*, Berlin 1887; *ders.*, *Die Zukunft Rußlands und Japans. Die deutschen Milliarden in Gefahr. Soll Deutschland die Zeche bezahlen?*, Berlin 1905; *ders.*, *Kaiser Wilhelm II. und König Eduard VII*, Berlin 1907; *ders.*, *Billiges Geld: positive Reformvorschläge*, Berlin 1908; *ders.*, *Stehen wir vor einem Weltkrieg?*, Leipzig 1908; *ders.*, *Deutschland und England. Ein offenes Wort an den Kaiser*, Hannover 1908; *ders.*, *Die Zukunft Deutschlands. Eine Warnung*, Leipzig 1908; *ders.*, *Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II*, Leipzig 1909.
- 12 *Hans Delbrück*, *Politische Korrespondenz. Der Friede – Die Zukunft Japans und Rußlands*, in: *Preußische Jahrbücher* Bd. 122, Oktober bis Dezember 1905, S. 179–187, hier: S. 186. Vgl. hierzu auch die Rezension in der *New York Times*: *Rudolf Martin on Russia's Financial Condition*, in: *The New York Times*, 24.6.1906, S. SM7. Das Buch wurde dann von Hulda Friedrichs auch ins Englische übersetzt: *Advertisement »The Speaker«*, in: *Liberal Review*, 8.12.1906, S. 303; *Books Received*, in: *The Manchester Guardian*, 11.12.1906, S. 4, und erhielt dann noch mehr Aufmerksamkeit: vgl. die Rezension: *Russia and Japan*, in: *The Athenaeum*, 22.12.1906, S. 789; *New Books: The Future of Russia*, in: *The Observer*, 7.1.1907, S. 5.
- 13 Rudolf Martin wollte sein Buch »Die Zukunft Rußlands und Japans. Die deutschen Milliarden in Gefahr. Soll Deutschland die Zeche bezahlen?«, das erstmalig 1905 im Carl Heymanns Verlag erschienen war, Paul Siebeck zur Neuauflage mit Überarbeitung anbieten. Dieser lehnte am 22.1.1906 ab, holte sich aber vorher eine Einschätzung von seinem Freund Max Weber: vgl. Max Weber an Paul Siebeck, 16.1.1906, in: *M. Rainer Lepsius/Wolfgang J. Mommsen* (Hrsg.), *Max Weber. Briefe 1906–1908*, Tübingen 1990, S. 20f.
- 14 *Bernhard von Bülow*, *Denkwürdigkeiten*, Bde. 1–3, hrsg. v. *Louis Kropotic*, Hannover 2009, hier: Bd. 3, S. 57 und 297. Am 21.11.1930 verbot das Berliner Landgericht auf Antrag von Rudolf Martin die weitere Veröffentlichung des zweiten Bandes von Bülows »Denkwürdigkeiten«, weil dieser sich an den besagten Stellen beleidigt fühlte. Vgl. *Hilke Wieggers* (Hrsg.), *Die Chronik-Bibliothek. Tag für Tag in Wort und Schrift: Chronik 1930*, Gütersloh/München 1995, S. 192 und 198. Es wurde dann jedoch 2009 von Louis Kropotic erneut herausgegeben. Bülow bezeichnete das Buch von Martin auch als »taktisches Machtwerk« und auch die konservativen und liberalen Blätter wiesen Martins Thesen zurück. Zit. in: *Konrad Canis*, *Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902–1914*, Paderborn/München etc. 2011, S. 159.
- 15 Und dies, obwohl sich Bülow mit Posadowsky-Wehner zuvor aus anderem Anlass überworfen hatte: vgl. *Bülow*, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 2, S. 478.
- 16 *Brauer*, *Der Verleger und Schriftsteller Rudolf Martin*, S. A405.
- 17 Vgl. *Bülow*, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 2, S. 478 und 494; Bd. 3, S. 57, 73 und 209. Dieser Deutung schloss sich auch der Pressereferent des Auswärtigen Amts Otto Hammann an: *Otto Hammann*, *Um den Kaiser. Erinnerungen aus den Jahren 1906–1909*, Berlin 1919, S. 117.
- 18 Kaiser »Interview« Revived, in: *The Christian Science Monitor*, 22.7.1909, S. 2; Kaiser Interview Faked? Attack on Prince Buelow in a Book by an ex-Councilor, in: *The New York Times*, 3.5.1910, S. 1; Affairs in Berlin. The Kaiser and his Friends, in: *The Observer*, 8.5.1910, S. 16; Finds The Kaiser One World's Puzzles. Author Gives Facts of Private Life of the German Ruler, in: *San Francisco Chronicle*, 22.5.1910, S. 37.

Hermann Freiherr von Eckardstein berichtete, dass diese Artikel sogar gezielt an den Kaiser und einflussreiche Persönlichkeiten verschickt wurden, um die Stellung von Bülow zu schwächen.<sup>19</sup> Der Regierung hingegen galt Martin seither als explizites Beispiel für eine generelle »traurige« Entwicklung, in deren Zuge »ungehörige Presseartikel aus der Feder von Beamten« erschienen waren.<sup>20</sup>

Martin war also wie Lösch ein Provokateur, der in der Öffentlichkeit und in Regierungskreisen kein Unbekannter war. Der Jurist Rudolf Mothes hatte ihn in seinen Erinnerungen und im Vergleich zu seinen zwei jüngeren Brüdern als »den schwarzen Martin« bezeichnet.<sup>21</sup> Bei dieser Biografie und Publikationsliste verwundert es schließlich auch nicht, dass er im Jahr 1911 eine weitere Veröffentlichung vorbereitete, die für Politik, Medien und Gesellschaft des Kaiserreichs politische und soziale Sprengkraft bereithalten sollte: das bereits erwähnte »Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen«.

### Abbildung 1:

In seinem Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre listete Martin zunächst für Preußen und dann in den folgenden Jahren für weitere deutsche Länder die Millionäre mit Namen, Adresse, Einkommen und Vermögen auf.

<b>Reihenfolge und Adressen der Millionäre in Berlin.</b>		Millionen Mark Vermögen Einkommen	
<b>Wilhelm II., Deutscher Kaiser, König von Preußen</b>		140	22
<b>Fritz von Friedlaender-Suld,</b> Pariser Platz 5 a		46	3,35
<b>Verlagsbuchhändler Rudolf Mosse,</b> Leipziger Platz 15		45	3,2
<b>Geh. Kommerzienrat Sigmund Aschrott,</b> Bankier, Bellevuestr. 12		41	1,5
<b>Rentier Richard Haniel,</b> Teilh. d. Fa. Franz Haniel in Duisburg, Berlin NW. 40, Reichstagsufer 3, sowie Schloß Walburg im Elßaß		41	2,7
<b>Geh. Kommerzienrat Arnhold,</b> Regentenstr. 19		40	2,8
<b>James Simon,</b> Tiergartenstr. 15 a		35	2,4
<b>Wirkl. Geh.-Rat Dr. jur. Willi v. Dirksen,</b> W. 10, Margaretenstr. 11, sowie auf Grö- ditzberg, Reg.-Bez. Pignitz		30	2
<b>Hans von Reichröder,</b> früher Bankier, Wendlerstr. 39		29	2
<b>Geh. Justizrat Eduard Uhles,</b> Tiergartenstr. 3 a		27	2
<b>Geh. Kommerzienrat Louis Ravené,</b> Margaretenstr. 17		27	2,2
<b>Oskar Huldschinsky,</b> Matthäikirchstr. 3 a		27	1,8
<b>Kgl. Schwedischer Generalkonsul Robert von Mendelssohn,</b> Jägerstr. 51		25,2	2
<b>Geh. Kommerzienrat Dr. jur. Eduard Simon,</b> Vittoriastr. 7		25	1,7
Martin, Berlin.		1	

19 Hermann Freiherr von Eckardstein, Die Entlassung des Fürsten Bülow, Berlin 1931, S. 53f.

20 Sitzung des Staatsministeriums am 26.4.1909, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (GStA PK), I. HA, Rep. 151.

21 Heinrich und Herrmann Martin waren ebenfalls Juristen: Rudolf Mothes, Lebenserinnerungen eines Leipziger Juristen, in: Stadtarchiv Leipzig, bearb. v. Klaus Schmiedel, Teil C, S. 13f., URL: <[http://www.quelle-optimal.de/pdf/rudolf\\_mothes\\_erinnerungen\\_teil\\_c\\_pdf.pdf](http://www.quelle-optimal.de/pdf/rudolf_mothes_erinnerungen_teil_c_pdf.pdf)> [1.2.2014].

## Abbildung 2:

In den Angaben zur Biografie erläuterte Martin den individuellen Weg zum vorher aufgelisteten Reichtum und gab dazu in einzelnen Fällen, wie hier bei Rudolf Mosse, auch eigene wertende Einschätzungen.

130 Biographische Notizen. Berlin.		Biographische Notizen. Berlin. 131																																			
<p>Rubniker Steintohlen-Gewerkschaft zu Emmagrube, Braunkohlen- und Zwickel-Industrie-A.-G. zu Berlin, Russischen Montan-Industrie-A.-G. zu Berlin, und weiterhin Mitglied des Aufsichtsrates bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu Berlin, Deutschen Bank zu Berlin, Deutscher Lloyd Transport-Versicherungs-Ges. zu Berlin, Internationaler Lloyd, Versicherungs-A.-G. zu Berlin, Russische Eisenindustrie-A.-G. zu Berlin, Schantung-Bergbau-Gesellschaft zu Berlin.</p> <p>Wo er in den von ihm selbst begründeten Gesellschaften nicht Mitglied des Aufsichtsrates ist, wird er durch seine Bevollmächtigten vertreten.</p> <p>Rudolf Mosse, Begründer und Hauptinhaber der Verlagsanstalt Rudolf Mosse, ist am 9. Mai 1843 zu Groß in Posen geboren und erffierte im Jahre 1867 in Berlin ein Annoncenbureau, dem bald zahlreiche Zweigniederlassungen in allen größeren Städten Deutschlands und in den Hauptstädten des Auslandes folgten. Im Jahre 1872 begründete er das Berliner Tageblatt, von dem im Jahre 1889 die Berliner Morgenzzeitung abgezweigt wurde. Im Mai 1884 nahm Rudolf Mosse seinen jüngeren Bruder Emil Mosse als Teilhaber der Firma Rudolf Mosse auf. Nachdem Emil Mosse am 1. Januar 1910 aus der Firma ausgeschieden ist, sind die einzigen Inhaber Rudolf Mosse und Hans-Bachmann-Mosse, der Ehemann seiner Adoptivtochter. Im übrigen hat Rudolf Mosse keine Kinder.</p> <p>Bis vor wenigen Jahren behand die Haupterinnahme Rudolf Mosses in dem Reingewinn seiner großen Annoncenexpedition, welche den Reingewinn aus dem Berliner Tageblatt weit übertraf. In den letzten Jahren dürfte sich durch das enorme Steigen der Abonnentenzahl des Berliner Tageblatts, der Berliner Morgenzzeitung und der Berliner Volkszeitung, die vor einigen Jahren aus dem Besitz der Familie Köhn in den Besitz der ihr verwandten Familie Mosse überging, dies Verhältnis etwas geändert haben.</p> <p>Die Zahl der Abonnenten des Berliner Tageblatts betrug:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahr</th> <th>Zahl der Abonnenten</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1898</td> <td>64 000</td> </tr> <tr> <td>1899</td> <td>66 000</td> </tr> <tr> <td>1900</td> <td>70 000</td> </tr> <tr> <td>1901</td> <td>73 000</td> </tr> </tbody> </table>		Jahr	Zahl der Abonnenten	1898	64 000	1899	66 000	1900	70 000	1901	73 000	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahr</th> <th>Zahl der Abonnenten</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1902</td> <td>76 000</td> </tr> <tr> <td>1903</td> <td>87 000</td> </tr> <tr> <td>1904</td> <td>94 000</td> </tr> <tr> <td>1905</td> <td>106 000</td> </tr> <tr> <td>1906</td> <td>112 000</td> </tr> <tr> <td>1907</td> <td>128 000</td> </tr> <tr> <td>1908</td> <td>150 000</td> </tr> <tr> <td>1909</td> <td>175 000</td> </tr> <tr> <td>1910</td> <td>198 000</td> </tr> <tr> <td>1911</td> <td>200 000</td> </tr> <tr> <td>1912</td> <td>218 000</td> </tr> </tbody> </table> <p>Im Jahre 1908 betrug nach den Wählerlisten zu den Wahlen des preussischen Abgeordnetenhauses, die im Mai veröffentlicht wurden, die Gesamtheit der von Rudolf Mosse gezahlten oder richtiger zu zahlenden Steuern 219837 Mark. Wir haben fernerzeit (Jahrgang 1911 des Jahrbuchs der Millionäre in Preußen, Verlag W. Serlet, Berlin W. 35) in den biographischen Notizen über Ernst von Mendelssohn-Bartholdy, dessen jährliche Steuern damals 291 831 Mark ausmachten, dargelegt, daß dieser Steuerbetrag alle Steuern des Staates, der Gemeinde und der Religionsgemeinschaft umfaßt und im allgemeinen rund 10% vom Jahreseinkommen, bei Geschäftssteuern und Grundstücksbesitzern in Berlin vielleicht noch etwas mehr ausmacht. In dem Steuerbetrag Rudolf Mosses ist also die Staats- und Gemeindeeinkommensteuer, die Vermögenssteuer, die Gewerbesteuer enthalten.</p> <p>Rudolf Mosse hat schon vor einer Reihe von Jahren einen nicht ganz unerheblichen Teil seines Vermögens in Grundbesitz angelegt, und zwar in südlichen wie landwirtschaftlichen. Er besitzt das Rittergut Droyz (278 Hektar und 4235 Mark Grundsteuerertrag) im Kreise Habeland sowie das Rittergut Schöndorf bei Königsbrunnhausen (555 Hektar und 5078 Mark Grundsteuerertrag) nebst dem Gute Gallun (350 Hektar und 1340 Mark Grundsteuerertrag) im Kreise Seltow; zusammen 1183 Hektar und 10 641 Mark Grundsteuerertrag. Der Gesamtwert dieser Güter ist auf annähernd eine Million Mark zu schätzen. Sein Palais am Leipziger Platz aber ist mindestens auf 3½ Millionen Mark zu schätzen. Rudolf Mosse hat also rund 4½ Millionen Mark ohne die Geschäftsgebäude in Grundbesitz angelegt. Einen noch höheren Wert dürften zusammen die geschäftlichen Zwecken dienenden, der Firma</p>		Jahr	Zahl der Abonnenten	1902	76 000	1903	87 000	1904	94 000	1905	106 000	1906	112 000	1907	128 000	1908	150 000	1909	175 000	1910	198 000	1911	200 000	1912	218 000
Jahr	Zahl der Abonnenten																																				
1898	64 000																																				
1899	66 000																																				
1900	70 000																																				
1901	73 000																																				
Jahr	Zahl der Abonnenten																																				
1902	76 000																																				
1903	87 000																																				
1904	94 000																																				
1905	106 000																																				
1906	112 000																																				
1907	128 000																																				
1908	150 000																																				
1909	175 000																																				
1910	198 000																																				
1911	200 000																																				
1912	218 000																																				

Auszug aus: *Rudolf Martin*, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Berlin, Berlin 1913, S. 130f.

Diese im Folgenden im Fokus stehende Publikation von Martin sowie deren weitere Ausgaben für die anderen deutschen Länder werden in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte bis heute gern als Quelle zitiert.<sup>22</sup> Die aufgeführten Zahlen dienen der Forschung erstens dazu, die Zunahme von generellem, aber auch von ganz individuellem Vermögen im Kaiserreich deutlich zu machen, zweitens innerhalb des Anstiegs eine Verlagerung und Umschichtung von Vermögen aufzuzeigen und drittens die Sozialstruktur der Oberschicht des Kaiserreichs zu skizzieren.<sup>23</sup> Denn Martin ordnete den Zahlen der amtlichen Steuerstatistik nicht nur wie Volker Lösch im Jahr 2008 Namen und Adressen der Millionäre zu. Er machte in einem zweiten angefügten Teil ausführliche Angaben zu ihrer Biografie.

22 Bereits 1947 zitierte das Jahrbuch *Theodor Häbich*, Deutsche Latifundien. Bericht und Mahnung, Stuttgart 1947, S. 39f. Größere Bekanntheit in der Forschung erlangten die Jahrbücher durch die Arbeiten von *Werner E. Mosse*, *The German-Jewish Economic Elite 1820–1935. A Socio-cultural Profile*, Oxford/New York etc. 1989; sowie durch das Buch von *Dolores Augustine*, *Patricians & Parvenus. Wealth and High Society in Wilhelmine Germany*, Oxford 1994.

23 Vgl. beispielsweise: *Morten Reitmayer*, *Bankiers im Kaiserreich. Sozialprofil und Habitus der deutschen Hochfinanz*, Göttingen 1999.

Martin gab folglich den Zahlen der amtlichen Statistik ein Gesicht. Wohnort, Branche, Herkunft, Familienstand und Alter vermittelten ein soziales Bild der Millionäre. Vermögen wurde also gleichzeitig individuell als auch innerhalb einer größeren sozialen und ökonomischen Entwicklung zuordenbar. Diese doppelte Technik machte »die Reichen« auf eine Weise sichtbar, die sich nicht nur von der anonymen Statistik unterschied, in der sie als abstrakte Zahl auftauchten. Sie unterschied sich auch von der bisher individuell und mitunter freiwilligen sichtbaren Präsenz »der Reichen« im lokalen Raum. Bekannte Millionäre wurden plötzlich in ihrer Masse vergleichbar. Darüber hinaus machte sie auch jene sichtbar, die nicht der Repräsentationswut verfallen waren, die viele Millionäre besonders aus dem Wirtschaftsbürgertum um die Jahrhundertwende mit Luxusartikeln, Villen und Autos öffentlich auslebten.<sup>24</sup> Diese vielschichtige Technik der Sichtbarmachung von Vermögen ermöglichte es nicht zuletzt, den Weg zum Reichtum zu bewerten. Martin hatte also nicht allein die Absicht, eine faktuale Bestandsaufnahme vorzunehmen. Er hatte vielmehr sozialreformerische Ziele.<sup>25</sup>

Trotz der zahlreichen Verweise auf das Jahrbuch in der wissenschaftlichen Forschung wurde der gesellschaftlichen Sprengkraft der Publikation bisher keine Aufmerksamkeit gewidmet. Adalbert Brauer ging zwar Ende der 1970er Jahre der Person Rudolf Martin in einem genealogischen Aufsatz nach, konzentrierte sich jedoch auf seine Rolle als Schriftsteller und Verleger.<sup>26</sup> Ein näherer Blick hinter die Kulissen der Jahrbücher lohnt aber – und nicht nur, um das oft zitierte Werk historisch einzuordnen.<sup>27</sup> Die Publikations- und Wirkungsgeschichte des »Jahrbuchs des Vermögens und Einkommens der Millionäre« kann als Seismograf für den Umgang mit Reichtum im Kaiserreich genutzt werden. Denn die Veröffentlichung der Liste von Millionären 1911 führte zu ähnlichen Diskussionen, wie sie Löschs Aufzählung fast 100 Jahre später auslöste: Soziale Ordnungsvorstellungen wurden hinterfragt, das Reden über Reichtum machte die »Fragilität der sozialen Konstruktionen« sichtbar und stellte nicht zuletzt Fremd- und Selbstbild der reichen Oberschicht zur Disposition.<sup>28</sup>

- 
- 24 Auf das Paradoxon von sichtbaren und unsichtbaren Millionären verwies auch der Artikel von *Richard Nordhausen*, *Das Jahrbuch der Millionäre*, in: *Der Tag*, 18.11.1911, in: *GStAPK*, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817. Zur Repräsentationswut und dem Luxusleben einer neuen Oberschicht vgl. *Morten Reitmayer*, *Bourgeoise Lebensführung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts*, in: *Werner Plumpe/Jörg Lesczenski* (Hrsg.), *Bürgertum und Bürgerlichkeit zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2009, S. 59–70, sowie *Adelheid von Saldern*, *Rauminszenierungen. Bürgerliche Selbstrepräsentationen im Zeitembruch 1880–1930*, in: ebd., S. 39–58.
- 25 Dies formulierte Martin auch selber in der ersten Ausgabe: *Martin*, *Jahrbuch Preußen 1911*, S. VII–VIII.
- 26 *Brauer*, *Der Verleger und Schriftsteller Rudolf Martin*. Anlass, dieser Publikationsgeschichte einmal nachzugehen, gab nicht nur das vielfache Zitieren des Jahrbuchs in der Forschungsliteratur, sondern auch ein Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung von *Rainer Hank*, der sich in einem kurzen Abschnitt dem Skandal um die Publikation widmete: *Rainer Hank*, *Wer ist Millionär?*, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 11.4.2011. Für den Hinweis auf das Jahrbuch danke ich generell Michael Werner.
- 27 Auf die Datenerhebung und seine Fehler im Jahrbuch wurde hingegen bereits öfter im Rahmen der Quellenkritik verwiesen: *Boelcke*, *Brandenburgische Millionäre*, S. 396f. Sowie: *Dolores Augustine*, *Die wilhelminische Wirtschaftselite. Sozialverhalten, soziales Selbstbewusstsein und Familie*, Berlin 1991, S. 36–45. In ihrer späteren Publikation geht sie nicht mehr so ausführlich auf das »Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre« als Quelle ein, vgl. *dies.*, *Patricians & Parvenus*.
- 28 Diese Mechanismen sind charakteristisch für Umbruchs- und Krisenzeiten, wie Thomas Mergel festhält: *Thomas Mergel*, *Einleitung: Krisen als Wahrnehmungsphänomene*, in: *ders.* (Hrsg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt am Main/New York 2012, S. 9–24, hier: S. 10.

Der vorliegende Aufsatz möchte erstens an diesem Beispiel zeigen, wie statistische Zahlenangaben über Reichtum darstellbar gemacht wurden und dadurch Reichtum als ein Extrem sozialer Ungleichheit sichtbar wurde. Ziel ist es dabei, die Technik von Rudolf Martin in den Blick zu nehmen, das Soziale zu ordnen. Zweitens soll beantwortet werden, warum diese Angaben über Millionäre in Massenpresse und Parlament nicht nur zur Abwehr führten, sondern auch Vorstellungen von sozialer Ordnung und sozialer Differenz im Kaiserreich zur Diskussion stellten. Drittens soll dargestellt werden, wie die Publikation zum wichtigen Kommunikationsmittel der Millionäre selbst wurde. Denn diese waren nicht nur Gegenstand, sondern auch Zielgruppe der Veröffentlichung.

Die »Jahrbücher des Vermögens und Einkommens der Millionäre« für die verschiedenen deutschen Länder sind in den unterschiedlichen Bibliotheken in Deutschland bis heute zugänglich, jedoch sind sie nicht mehr vollständig erhalten. Die Erstveröffentlichung von 1911, um die es hier hauptsächlich gehen soll, ist im Zweiten Weltkrieg verloren gegangen und nur durch ihre Neuauflage von 1912 sowie einzelne Kopien in den Akten des Finanzministeriums zu rekonstruieren.<sup>29</sup> Abseits der Publikationen von Martin selbst liegen dem Aufsatz Dokumente und Aktenmaterial aus dem Geheimen Preußischen Staatsarchiv, dem Bundesarchiv, dem Landesarchiv Berlin sowie dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung zugrunde. Ergänzt werden diese durch zahlreiche Presseartikel verschiedener Zeitungen<sup>30</sup> sowie durch die Protokolle des Preußischen Abgeordneten- und Herrenhauses und des Deutschen Reichstags aus den Jahren 1911 bis 1914. Damit ist es das Ziel, die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Publikations- und Wirkungsgeschichte herauszuarbeiten und gleichzeitig die gegenseitige Verschränkung der Debatte in den einzelnen Bereichen zu belegen: Statistik, Politik, Öffentlichkeit und auch der elitäre Zirkel der Millionäre diskutierten über die Publikation von Martin nicht im jeweils abgeschlossenen Raum, sondern die einzelnen Beiträge bedingten und beeinflussten sich gegenseitig.

Anhand des breit gefächerten Quellenmaterials kann zudem gezeigt werden, dass Reichtum ein relationaler und sozialkonstruktivistischer Begriff ist, der auch davon beeinflusst wird, wer ihn, wie, wann, wo und zu welchem Zweck definiert.<sup>31</sup> Obwohl Martin der

29 Vgl. hierzu den Schriftwechsel zwischen Adalbert Brauer und Helmut Röttsch. Beide Bibliothekare korrespondierten intensiv über die deutsch-deutsche Grenze hinweg auf der Suche nach den noch erhaltenen Jahrbüchern: Brauer an Röttsch, 21.1.1979; Röttsch an Brauer, 1.3.1979; Brauer an Röttsch, 14.3.1979, sowie Brauer an Röttsch, 2.11.1979, alle in: Archiv des Deutschen Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Nachlass Dr. Adalbert Brauer, Signatur HA/BV 29. Für die intensive Hilfe bei der Recherche danke ich Hermann Staub.

30 Durchgesehen wurden die auflagestarken Zeitungen des Kaiserreichs: Das Berliner Tageblatt, die Königlich Privilegierte Berliner Zeitung (die Vossische Zeitung), die Berliner Allgemeine Zeitung, die Tägliche Rundschau, die Kölnische Zeitung, die Deutsche Tageszeitung, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, der Berliner Lokal-Anzeiger, die Satirezeitschriften »Kladderatsch« und »Simplicissimus« sowie die digitalisierten amerikanischen Zeitungen bei Proquest und die digitalisierte Times. Bei der Durchsicht unterstützte mich Tabea Bodenstedt, die auch zahlreiche Jahrbücher des Vermögens und Einkommens über Fernleihe bestellte und kopierte, wofür ich ihr herzlich danke.

31 Sozialwissenschaftlich skizziert Lauterbach die Bedingungen einer Definition von Reichtum: Wolfgang Lauterbach/Miriam Ströing, Wohlhabend, Reich und Vermögend – Was heißt das eigentlich?, in: Thomas C. J. Druyen/ders./Matthias Grundmann (Hrsg.), Reichtum und Vermögen. Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Reichtums- und Vermögensforschung, Wiesbaden 2009, S. 13–28. Den Konstruktionscharakter des Begriffs Reichtum betonen besonders: Reinhard Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main 2004, S. 13; Ernst-Ulrich Huster, Neuer Reichtum, alte Armut, Düsseldorf 1993, S. 48; sowie Richard Hauser/Irene Becker, Zur Verteilungsentwicklung in Deutschland – Probleme ihrer Erforschung, in: Jörg Stadlinger (Hrsg.), Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhaltes, Münster 2001, S. 43–67.

Öffentlichkeit konkrete Zahlenangaben über Vermögen und Einkommen lieferte, also durch die Höhe des Reichtums konkrete Messkategorien verwendete, war die Vorstellung über Reichtum auch von normativen Zuschreibungen geprägt. Deswegen hilft ein Blick auf die Diskussionen über die martinschen Jahrbücher, um zu überprüfen, auf welche Weise Reichtum in der sozialen Wirklichkeit des Kaiserreichs sprachlich zum Ausdruck gebracht wurde. Der Aufsatz versteht Reichtum also nicht als eine fest verbindliche Größe, sondern als historisch gewordenes und veränderliches Strukturmerkmal, das Kontinuitäten und Wandel unterlegen ist.<sup>32</sup> Das »Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre« belegt dabei eindrücklich, wie statistisches Datenmaterial, politische steuerliche Einhegungsgrenzen, gesellschaftliche Zuschreibungen sowie die Einflussnahme einer mächtigen Oberschicht auf ein zeitgenössisches Verständnis von Reichtum einwirkten. Solch ein Prozess half schließlich ebenfalls der Gesellschaft, sich über ihre soziale Ordnung und soziale Differenz zu verständigen.

Damit zielt der Aufsatz schlussendlich auch darauf, eine bisher vernachlässigte Perspektive auf die Geschichte sozialer Ungleichheit einzunehmen.<sup>33</sup> Die Sozialgeschichte hat sich in den letzten Jahren zwar mit dem Komplementärphänomen Armut befasst, Reichtum spielte dabei jedoch kaum eine Rolle. William D. Rubinstein beklagte bereits 1980, dass »die Reichen« als soziale Gruppe eine Terra incognita, eine Leerstelle der Geschichtswissenschaft seien.<sup>34</sup> So allgegenwärtig das Reden über Reichtum ist, so unscharf sind die Begriffsverwendung und die historische Bedeutung.<sup>35</sup> In vielen Arbeiten steht der Weg zum Reichtum im Mittelpunkt, nicht aber die Frage, wie mit Reichtum gesellschaftlich umgegangen wurde. Die folgende Untersuchung der Publikations- und Wirkungsgeschichte des »Jahrbuchs des Vermögens und Einkommens der Millionäre« setzt bei den gesellschaftlichen Zuschreibungsprozessen im Kaiserreich an und möchte damit das Potenzial aufzeigen, das eine solche Perspektive für die Untersuchung sozialer Ungleichheit besitzt.

## I. ANKÜNDIGUNG, BESCHLAGNAHMUNG, SKANDAL: DAS JAHRBUCH SOLL VERÖFFENTLICHT WERDEN

Im März 1911 erhielten zahlreiche reiche Persönlichkeiten in Preußen ein Rundschreiben, das sie direkt adressierte: »Hierdurch beehren wir uns Ihnen mitzuteilen, daß sowohl Ihr Vermögen als auch Ihr Einkommen beziffert ist in dem »Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen.«<sup>36</sup> Diese Ankündigung führte zu einigem Unmut der Adressierten, den sie umgehend schriftlich dem Finanz-, dem Justiz- und Innenminister sowie dem Ministerpräsidenten Preußens mitteilten.<sup>37</sup> Der Ton der Beschwerde-

32 Angelehnt an: *Kreckel*, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, S. 13.

33 Die Verfasserin bearbeitet zurzeit ein Habilitationsprojekt zur Kulturgeschichte des Reichtums von 1900–1960, das sich Fragen nach dem Konstruktionscharakter von Reichtum in einer *longue durée* annimmt und an der Justus-Liebig-Universität Gießen entsteht. An der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg schließt sich an den bearbeiteten Zeitraum das Dissertationsprojekt von Anne Kurr an.

34 *William D. Rubinstein*, Introduction, in: *ders.* (Hrsg.), *Wealth and the Wealthy in the Modern World*, London 1980, S. 9–45, hier: S. 9f.

35 Vgl. auch: *Lauterbach/Ströing*, Wohlhabend, S. 14f.

36 Anschreiben W. Herlet Verlagsbuchhandlung, Berlin im März 1911 (Abschrift), GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

37 Vgl. beispielsweise: Heinrich Theodor von Böttinger an den Finanzminister August Lentze und an den Reichskanzler, 3.3.1911; C. A. Jung an den Finanzminister Dr. Lentze, 4.3.1911; Walther vom Rath an den Finanzminister Dr. Lentze, 4.3.1911; Abgeordneter Grevenbach an den Finanzminister Dr. Lentze, 4.3.1911; Der Vorsitzende der Veranlagungskommission, Prenzlau, an die königliche Regierung III A in Potsdam, 6.3.1911; Der Generallandschaftsdirektor der Pro-

briefe war sehr unterschiedlich. Aber alle erinnerten an das existierende Steuergeheimnis und baten die preußischen Minister umgehend, gegen die Publikation vorzugehen. Sie sahen sich in den Persönlichkeitsrechten verletzt und beschwerten sich über eine vermutliche amtliche Indiskretion. Denn naheliegend war, dass Martin nur auf diesem Weg und nicht durch das im weiteren Verlauf des Anschreibens erklärte Vorgehen an das Datenmaterial gekommen war: Martin bekräftigte, er habe allein sein Expertenwissen über das »wirtschaftliche Leben« im Kaiserreich mit den Veröffentlichungen der amtlichen Statistik, die seit 1895 jährlich die Einkommens- und Vermögensentwicklung veröffentlichte, ergänzt.<sup>38</sup> Die Betroffenen hegten jedoch vielmehr die Vermutung, dass er Einsicht in individuelle Steuererklärungen und Steuerakten in seiner Zeit als höherer Beamter im Statistischen Amt erlangt hatte oder ihm diese durch Kontakte zugespielt worden waren.

In Kritik stand somit nicht nur die geplante Veröffentlichung. Erinnert wurde auch an die Aufgabe des Staats, das Private zu schützen. Mitglieder des preußischen Landtags verschiedener Parteien reichten im Zuge der Diskussionen um das Jahrbuch eine Interpellation ein, die auf »weniger Offenherzigkeit der statistischen Mitteilungen« drängte.<sup>39</sup> Damit wollten sie gegen die Entwicklung vorgehen, dass private Vermögensverhältnisse immer mehr in den Fokus von statistischen Erhebungen geraten waren, die die enorme Zunahme von Vermögen im Zuge der Industrialisierung vermessen sollten. War der Millionär Mitte des 19. Jahrhunderts noch eine seltene Erscheinung in Europa, stellte zur Jahrhundertwende Werner Sombart eine wachsende Zahl von »Talermillionären« fest.<sup>40</sup> Allein in Berlin stieg die Zahl von sechs im Jahre 1857 auf 639 um 1900 und schließlich 1911 zur Zeit der martinschen Veröffentlichung auf über 8.000 Millionäre in Preußen.<sup>41</sup> Das Millionärsdasein war, wie es Percy Ernst Schramm beschrieb, zum »Alltagsphänomen« geworden.<sup>42</sup> Das Kaiserliche Statistische Amt entwickelte zunehmend neue Messkategorien, um die neu aufkommende Sozialschicht der Einkommens- und Vermögensmillionäre zu fassen.<sup>43</sup> Die demografische Erhebung von Reichtum erfolgte zunächst in einer Erfassung von Einkommen und Vermögen und weitete sich dann allmählich auch auf Angaben zur Erbe und Konsumverhalten der Deutschen aus. Mit der Professionalisierung der amtlichen Statistik zum Ende des 19. Jahrhunderts stieg die Verlässlichkeit der Daten.<sup>44</sup>

---

vinz Sachsen, Halle (Saale), an das Finanzministerium, 8.3.1911; Der Justizminister leitete seine Anschreiben auch an den Finanzminister weiter, 9.3.1911, alle in: *GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817*. Für die Hilfe bei der Entzifferung der Sütterlinschrift und unleserlicher Handschriften danke ich Jutta und Günther Siebeneck sowie Hubert Raffelt.

- 38 Anschreiben W. Herlet Verlagsbuchhandlung, Berlin im März 1911 (Abschrift), *GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817*.
- 39 Das vielberufene Jahrbuch der Millionäre, in: *Tägliche Rundschau*, 5.11.1911, in: *GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817*.
- 40 *Werner Sombart, Sozialismus und Soziale Bewegung im 19. Jahrhundert. Sechste vermehrte und bis in die Gegenwart fortgeführte Auflage*, Jena 1908, S. 93.
- 41 Vgl. zur gesellschaftlichen Entwicklung der Millionäre auch: *Boelcke, Brandenburgische Millionäre*, S. 21.
- 42 *Percy Ernst Schramm, Neun Generationen. Dreihundert Jahre deutsche Kulturgeschichte im Lichte der Schicksale einer Hamburger Bürgerfamilie (1648–1948)*, Bd. II, Göttingen 1964, S. 389.
- 43 Auch wenn das 1872 gegründete Kaiserliche Statistische Amt die Erhebungen lediglich für einzelne Länder und Gemeinden durchführte und es an statistischen Methoden mangelte, wurde die enorme Zunahme an Vermögen im Deutschen Kaiserreich deutlich. *Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972*, Wiesbaden 1972, S. 226.
- 44 So auch: *Josef Ehmer, Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie, 1800–2000*, München 2004, S. 4f. Im Jahr 1924 wurde dann unter dem Präsidenten Ernst Wagemann ein besonderes Referat im Statistischen Amt zur Konjunkturbeobachtung eingeführt, das alle wichtigen Wirtschaftsvorgänge zahlenmäßig verfolgen sollte und auch die Verteilung von Vermögen in den Blick nahm. *Statistisches Bundesamt, Bevölkerung*, S. 31.

Dieses statistische Datenmaterial half einerseits, die gesellschaftliche Entwicklung zu vergegenständlichen und zu illustrieren. Thomas Mergel und Christiane Reinecke halten fest, dass für die Verständigung über das Soziale Narrative, Semantiken und Visualisierungen zur Verfügung stehen müssen: Die Vorstellungen vom Aufbau einer Gesellschaft seien nur dann wirkmächtig, wenn sie »kommunizierbar« seien.<sup>45</sup> Auch Alain Desrosières verweist auf die große Bedeutung einer Transformation von sozialen Tatbeständen und auf die Statistik als Konstruktion und Beweis wissenschaftlicher Fakten, die eine Welt des Wissens über die soziale Lage erst hervorbringt.<sup>46</sup> Die statistischen Erhebungen über Vermögen und Einkommen im Kaiserreich machten also die Veränderungen in der sozialen Ordnung der Gesellschaft greifbar und vorstellbar.

Die Statistik bildete andererseits die Grundlage für politisches Handeln. Mit dem Anstieg von Vermögen stieg auch das Interesse der Politik, und es kamen Fragen nach einer gerechten Besteuerung auf. Nicht zuletzt deswegen waren die statistischen Büros eng an das Innenministerium angegliedert.<sup>47</sup> Adam Tooze, der kürzlich die erste umfassende Studie zur Entwicklung der Wirtschaftsstatistik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorlegte, belegt direkte Wechselwirkungen von statistischen Erhebungen und politischer Zielsetzung.<sup>48</sup> Anhand der erfassten Datenbasis vom Statistischen Amt führten die einzelnen Länder nach und nach moderne Einkommens- und Vermögenssteuern ein, die die zu Besteuernden in anonymisierte Gruppen kategorisierten.<sup>49</sup> Auch die Einführung der Erbschaftsteuerstatistik war eng mit der Einführung des Erbschaftsteuergesetzes im Jahr 1906 verbunden. Das Statistische Amt sollte die finanzielle Wirkung des Gesetzes überprüfen und damit die Grundlage für eventuelle Gesetzesänderungen bilden.<sup>50</sup> Steuerpolitik und Statistik waren somit eng miteinander verbunden und machten verstärkt seit der Jahrhundertwende eine anonyme Masse an Reichen zählbar.

Martin erweiterte diese Ebene der Übersetzung und verband die vor allem auf ein Fachpublikum ausgerichteten Zahlenangaben mit einer neuen Stufe der Visualisierung: Die bisher immer noch abstrakte Größe der Reichen war nun mit Namen und individuellen Lebenswegen unterfüttert, die Bilder im Kopf wachriefen oder sogar erst schufen. Der persönliche Besitz und der Weg dorthin, also das Private einer gesellschaftlichen Vermögensentwicklung, wurden zum öffentlichen Gegenstand und damit gesellschaftlich verhandelbar. Martins Liste griff die bereits konstatierte Entwicklung von Vermögensverhältnissen in den statistischen Angaben auf und führte der Gesellschaft zudem ihre eigene Beobachtung vor Augen. Er stellte somit erstens das Soziale dar und her.<sup>51</sup> Zweitens machte er das Soziale bewertbar: Erfolg und Geldgewinn, Misserfolg und Verlust wurden durch die biografischen Skizzen gesellschaftlich verhandelbar, und das ist das Besondere der

45 *Christiane Reinecke/Thomas Mergel*, Das Soziale vorstellen, darstellen, herstellen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert, in: *dies.* (Hrsg.), *Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2012, S. 7–33, hier: S. 8.

46 *Alain Desrosières*, *Die Politik der großen Zahlen. Eine Geschichte der statistischen Denkweise*, Heidelberg 2005, S. 1–18.

47 Desrosières sieht dieses Wechselverhältnis von Statistik und politischer Aktion als charakteristisch an. Ebd., S. 1f. sowie 200f.

48 *J. Adam Tooze*, *Statistics and the German State, 1900–1945. The Making of Modern Economic Knowledge*, Cambridge/New York etc. 2001.

49 So auch: *Hans-Peter Ullmann*, *Der deutsche Steuerstaat. Geschichte der öffentlichen Finanzen vom 18. Jahrhundert bis heute*, München 2005, S. 45f.

50 Vgl. auch: Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung*, S. 28.

51 Den Dreischritt in einer nicht zwangsläufig chronologischen Abfolge von Vorstellen, Darstellen und Herstellen des Sozialen als Konstruktion von Wirklichkeit betonen *Reinecke/Mergel*, *Das Soziale vorstellen*, S. 11.

martinschen Publikation, auch moralisch kritisierbar: Wie legitim war der individuelle Reichtum der Aufgeführten eigentlich?

Genau solch ein Denkanstoß und solch eine Transparenz waren die Ziele von Martin: »Die sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart«, formulierte er selbst in der Ausgabe von 1912, »verlangen ebenso nach einer Aufklärung des Vermögens der reichen Leute, wie die politischen Streitigkeiten.«<sup>52</sup> Hatte Volker Lösch mit der Premiere zu Zeiten der Finanzkrise 2008 einen perfekten Zeitpunkt gewählt, galt dies auch für Martins Veröffentlichung: Er plante seine Publikation in einer Zeit, in der über die gerechte Steuerverteilung politisch und öffentlich intensiv gefochten wurde.<sup>53</sup> Hans-Peter Ullmann konstatiert, dass die Steuerbelastung im Kaiserreich für die vermögenden Schichten zunächst ausgesprochen niedrig blieb und die Reichsfinanzierung somit unausgewogen und ungerecht war, nach der Jahrhundertwende aber intensiver um die Steuerverteilung debattiert wurde. Der Staat, der vorher vehement vermieden hatte, in die Privatsphäre des Besteuereten einzudringen, dachte nun über eine gerechtere Steuerlast und über das Verhältnis von Steuerzahler und Fiskus nach. In den Blick gerieten dabei vor allem die direkten Steuern, denen der Staat lange Zeit zurückhaltend gegenübergestanden hatte.<sup>54</sup>

Die Sichtbarmachung von Vermögen in dem Jahrbuch hatte den Effekt, dass Martins Zahlen und Namensangaben als ein wichtiges Argument in dieser politischen Debatte genutzt werden konnten – und schließlich auch wurden: Er machte nicht wie die Statistik eine anonyme Masse an Steuerzahlern, sondern den individuellen Beiträger sichtbar, der beispielhaft zur moralischen Verantwortung gezogen werden konnte. Besonders in den parlamentarischen Kreisen rief die Ankündigung deswegen nicht nur Unbehagen, sondern auch viel Aufsehen hervor. Zum einen saßen viele Schreiber der Beschwerdebriefe und damit in der Liste Aufgeführte selber im Preußischen Abgeordneten- oder Herrenhaus und diskutierten über eine gerechte Steuerpolitik. Sie hatten deswegen ein dringliches öffentliches, aber auch persönliches Interesse an einem politischen Vorgehen gegen die Publikation. Zum anderen nutzten die sozialdemokratischen Kräfte des Kaiserreichs das Aufsehen um die Vermögen der Millionäre und natürlich auch ihrer politischen Gegenspieler als Argumentation für eine neue Steuerreform.<sup>55</sup> So formulierte der Sozialdemokrat Heinrich Ströbel unter Beifall seiner Parteigenossen:

»Meine Herren, außerdem gibt es in Preußen eine ganze Reihe von zahlungsfähigen Personen, die auch einmal zu den Steuern herangezogen werden können. Da hat Herr Rudolf Martin, früherer Regierungsrat, darauf hingewiesen, daß es in Preußen eine ganze Reihe von Fürstlichkeiten gibt, die kolossale Vermögen haben. Beispielsweise hat der Landgraf Alexander Friedrich von Hessen ein Vermögen von 25 Millionen und ein Einkommen von 1,6 Millionen Mark. Eine ganze Reihe von anderen fürstlichen Persönlichkeiten haben zusammen ein Vermögen von mehr als 54 Millionen Mark. Allein die Gruppe, die er aufführt, besitzt ein Einkommen von mehr als 3 Millionen, und

52 *Rudolf Martin*, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre, Berlin 1912, S. VIII.

53 Vgl. vor allem die Sitzung am 24.2. und 25.2.1911 im Haus der Abgeordneten, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Legislaturperiode, IV. Session 1911, Bd. 2, Berlin 1911, S. 2758–2839.

54 *Hans-Peter Ullmann*, Die Bürger als Steuerzahler im Deutschen Kaiserreich, in: *ders.* (Hrsg.), Staat und Schulden. Öffentliche Finanzen in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert, Göttingen 2008, S. 211–224, hier: 216f.

55 Vgl. hierzu besonders die Sitzung am 18.3.1911 über das Reichszuwachssteuergesetz, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Legislaturperiode, IV. Session 1911, Bd. 4, S. 4391–4410. Vgl. auch die Neunte Sitzung am 7.4. und 8.4.1911 im Herrenhaus, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen im Herrenhaus, Session 1911, Berlin 1911, S. 180–209. Über die politische Instrumentalisierung berichtete auch die Tägliche Rundschau: Das »Buch der Millionäre« beschlagnahmt, in: Tägliche Rundschau, 11.3.1911, Morgenausgabe, S. 2.

diese sind in weiten Teilen nur ganz weitläufige Verwandte des am 6. Januar 1875 verstorbenen letzten Kurfürsten von Hessen-Nassau. Ich glaube es wäre nötig, daß diese sehr leistungsfähigen Persönlichkeiten zum Steuerzahlen herangezogen würden. [...] Es ist außerordentlich bedauerlich, aber auch außerordentlich kennzeichnend für den politischen Charakter dieses Hauses, daß diese Forderung wieder nur von den Rednern der sozialdemokratischen Fraktion allein erhoben wird.«<sup>56</sup>

Der Sozialdemokrat bediente sich folglich nicht nur der martinschen Erkenntnis eines ungenutzten Steuervolumens, sondern auch der Technik, Namen und Zahlenangaben öffentlich in Verbindung zu bringen und somit die Vermögenden beziehungsweise den Steuerzahler individuell sichtbar zu machen.

In diesem Zusammenhang scheint es nicht verwunderlich, dass der Finanzminister Preußens, August Lentze, über den Kopf des preußischen Justizministers, Max von Beseler, hinweg umgehend ein Ermittlungsverfahren anstieß.<sup>57</sup> Bereits am 8. März 1911 sandte er einen Brief an den Oberstaatsanwalt. In diesem betonte er, dass abgesehen von der Interessenbewahrung »vieler namhafter Persönlichkeiten« auch »ein dringendes staatliches Interesse daran besteh[e], dass das durch das Einkommenssteuergesetz gewährleistete Steuergeheimnis [...] nicht in frivoler Weise« verletzt werde.<sup>58</sup> Das Amtsgericht Schöneberg veranlasste daraufhin unter Leitung von Kriminalkommissar Hans von Treschkow am 10. März 1911, die Büro- und Wohnräume von Rudolf Martin sowie die Druckerei, in welcher die Druckfahnen lagerten, drei Stunden lang zu durchsuchen.<sup>59</sup> Der Beschluss formulierte den Verdacht, dass Martin sich gegen § 75 des Einkommenssteuergesetzes vom 19. Juni 1908 sowie gegen die §§ 48, 332 und 333 des Strafgesetzbuchs schuldig gemacht habe.<sup>60</sup> Der Vorwurf zielte auf Betrug sowie auf Bestechung, mit der Martin die Amtsverschwiegenheit eines Steuerbeamten oder Mitglieds der Einkommenssteuer- und Vermögenskommission gebrochen habe.<sup>61</sup> Obwohl die Durchsuchung nach belastbarem Material für diese Anschuldigungen ergebnislos verlief, beschlagnahmten die Beamten die Korrekturbögen und das Manuskript. Die geplante Veröffentlichung wurde somit zunächst gestoppt.

56 Ströbel (Abgeordneter der Sozialdemokraten) zum Etat der Verwaltung der direkten Steuern, 58. Sitzung, 26.3.1914, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Legislaturperiode, II. Session 1914/15, Bd. 4, Berlin 1914, S. 4829f.

57 Finanzminister an den Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht I, 8.3.1911; seine Initiative bekräftigte er auch in einem Brief an den General Landschaftsdirektor der Provinz Sachsen, Ernst Carl Albert von Gustedt, Berlin, 12.3.1911. Er informierte den Justizminister aber nachfolgend: Finanzminister an den Justizminister, 10.3.1911, alle in: GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

58 Finanzminister an den Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht I, 8.3.1911, GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

59 Die Zeitungen berichteten ausführlich davon: Das »Buch der Millionäre« beschlagnahmt, in: Tägliche Rundschau, 11.3.1911, Morgenausgabe, S. 2; Das »Buch der Millionäre« beschlagnahmt, in: Kölnische Rundschau, 11.3.1911, Mittagsausgabe, S. 2; Das beschlagnahmte Jahrbuch der Millionäre, in: Vossische Zeitung, 11.3.1911, Abendausgabe, S. 2; Das »goldene Buch der Millionäre« beschlagnahmt, in: Berliner Tageblatt, 11.3.1911, Abendausgabe, 1. Beiblatt; Zur Beschlagnahme des Martinschen Buches der Millionäre, in: Berliner Lokalanzeiger, 15.3.1911.

60 Vgl. zu den strafrechtlichen Vorwürfen auch: Groning, Königliche Regierung. Abteilung direkte Steuern, Domänen und Forsten an das Finanzministerium, 5.3.1911, GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

61 Den Gerichtsbeschluss druckten auch mehrere Zeitungen ab. Beispielsweise: Das »Buch der Millionäre« beschlagnahmt, in: Tägliche Rundschau, 11.3.1911, Morgenausgabe, S. 2.

## II. MARTINS GEGENSCHLAG, DER GLAUBE AN DIE WISSENSCHAFT UND EINE GESTEIGERTE SENSATIONSGIER

Martin ließ sich diese Maßnahme jedoch nicht gefallen und wehrte sich dagegen. Erstens wandte er sich direkt an den Ministerpräsidenten Preußens sowie an den Finanz- und Justizminister und legte Einspruch gegen die Beschlagnahme ein. Er stellte sogar eine Strafanzeige gegen sämtliche Beamte der königlichen Staatsanwaltschaft.<sup>62</sup> Er wies in seinem Brief insbesondere darauf hin, dass er die Daten nicht aufgrund von Beamtenbestechung erhalten habe, sondern dass die amtliche Steuerstatistik selbst durchlässig sei. Damit traf er einen empfindlichen Nerv der Regierung, die diese Durchlässigkeit selbst in der Landtagssitzung im Februar 1911 beklagt hatte.<sup>63</sup> Das Sprechen über Reichtum im Kaiserreich war also auch davon geprägt, wie viel Interesse dem Vermögen der Reichen auf der einen Seite öffentlich zukommen und wie viel privater Schutz ihnen auf der anderen Seite gewährt bleiben musste. Martin lieferte folglich nicht nur Stichpunkte für eine Debatte über soziale Gerechtigkeit, sondern auch für eine Debatte über das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit im Kaiserreich. Eine Glosse im »Kladderadatsch«, in welcher ein angeblicher dreifacher Millionär beklagte, dass Martin nun intimste Kenntnisse seiner internen Verhältnisse habe, verlieh diesem Spannungsgefühl deutlichen Ausdruck: Er habe sich bei ihm ins private Heim eingeschlichen und würde nun selbst Mittags- und Abendbrotreste für statistische Aufstellungen benutzen und sogar wissen, was die goldene Zahnplombe gekostet habe.<sup>64</sup>

Martin selbst sah sich jedoch nicht als ein Spion in den privaten Räumlichkeiten des Bürgertums, sondern eher als Stichwortgeber für aktuelle politische Fragen:

»Der Unwille einzelner Millionäre, die sich mit Beschwerden neuerdings an den Herrn Finanzminister im Blick auf mein kommendes Jahrbuch gewandt haben mögen, sollte sich also nicht gegen mich richten, sondern gegen den preußischen Ministerpräsidenten, der noch nichts zur Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems getan hat und gegen den preußischen Herrn Finanzminister, der fortgesetzt eine durchsichtige amtliche Statistik des Vermögens und Einkommens zur Veröffentlichung gelangen lässt.«<sup>65</sup>

Martin wies den Unmut der Millionäre von sich und traf die Kritikpunkte, die ebenfalls die ersten Beschwerdebriefe Anfang März genannt hatten. Dabei widersprach er dem Vorwurf der amtlichen Indiskretion und äußerte Kritik an den statistischen Erhebungen und dem Wahlrecht, die das Vermögen dem privaten Bereich entrissen hätten. Eine ähnliche Argumentation ließ Martin in zahlreichen Stellungnahmen in Zeitungen veröffentlichen, so beispielsweise in der Berliner Zeitung, Kölnischen Zeitung oder der Täglichen Rundschau.<sup>66</sup> Der Berliner Allgemeinen Zeitung spielte er sogar seinen Beschwerdebrief an die Minister zu, den das Blatt gekürzt abdruckte, jedoch auch damit kommentierte,

62 Rudolf Martin an den Justizminister; Abschrift auch an den Finanzminister und den Ministerpräsidenten, 13.3.1911, beide in: GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

63 Sitzung am 24.2. und 25.2.1911 im Haus der Abgeordneten, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Legislaturperiode, IV. Session 1911, Bd. 2, S. 2758–2839. Auf diese Sitzung verwies auch Martin in seinem Beschwerdebrief: Rudolf Martin an den Justizminister; Abschrift auch an den Finanzminister und den Ministerpräsidenten, 13.3.1911, beide in: GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

64 Vorsicht!, in: Kladderadatsch, 26.3.1911, S. 51.

65 Ebd.

66 Berliner Zeitung, Das Jahrbuch der Millionäre. Der frühere Regierungsrat Martin schreibt uns, 17.3.1911, in: GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817; Das »Buch der Millionäre« beschlagnahmt, in: Tägliche Rundschau, 11.3.1911, Morgenausgabe, S. 2; Das »Buch der Millionäre« beschlagnahmt, in: Kölnische Rundschau, 11.3.1911, Mittagsausgabe, S. 2.

dass die Staatsanwaltschaft wegen der Strafanzeige »nicht allzu schwarz in die Zukunft blicken« müsse.<sup>67</sup>

Die Massenpresse hatte natürlich bereits seit der Verlagsankündigung die geplante Veröffentlichung begleitet, die zu »mancherlei Kontroversen Anlass gegeben«<sup>68</sup> und »so viel Staub aufgewirbelt« hatte.<sup>69</sup> Denn parallel zu den persönlichen Anschreiben an die Millionäre Preußens schickte der W. Herlet Verlag die Buchankündigung an die großen Verlage der Massenpresse.<sup>70</sup> Bereits am 4. März 1911 hatte das Berliner Tageblatt das Erscheinen als großes Skandalon begriffen und sprach Martin die Richtigkeit der Angaben ab: »Die einzige Summe, die genau angegeben ist«, so das Blatt von Rudolf Mosse, »sind die 45 Mark, die der neueste Martin kosten soll«.<sup>71</sup> Als die Beschlagnahmung schließlich veranlasst wurde, sah sich die Tageszeitung in ihrer Deutung bestätigt. Dies änderten auch nicht die Beschwerdebriefe, die Martin an die Redaktion schickte und in denen er die Garantie für die Richtigkeit seiner Angaben unter einer Art wissenschaftlichen Beweisführung mit der Aufzählung von Fakten und Zahlen, Verweisen auf bereits erschienene Studien und einer detaillierten Darlegung seines wissenschaftlichen Vorgehens weiter bekräftigte.<sup>72</sup> Die Zeitung druckte die Briefe zwar ab, kommentierte aber, dass es auch nicht schwer sei, das höchste Einkommen einer Region einer bekannten Persönlichkeit zuzuordnen, aber bei den weniger schweren Millionären »wird man fast immer auf bloße Vermutungen und unsichere Abschätzungen angewiesen sein, falls man nicht gerade über Indiskretion verfügt«.<sup>73</sup>

Die Berliner Politischen Nachrichten hingegen widersprachen dem Gerücht: Es würde nichts die Annahme berechtigen, »daß jene Zahlen auf Indiskretion staatlicher Stellen zurückzuführen seien«.<sup>74</sup> Das Blatt unterstützte damit nicht nur die Sicht von Martin. Es gab auch ganz im Sinne seiner offiziösen Ausrichtung dem Finanzminister Deckung, dessen Behörde in dieser Sache in die Kritik geraten war. Denn wie bereits erwähnt, hegten viele Steuerzahler seit dem Skandal um Martins Veröffentlichung eine gewisse Beunruhigung bezüglich ihrer Datensicherheit und hatten »den berechtigten Wunsch [...], daß nicht jedermann ihnen in ihr Portemonnaie sehen kann«.<sup>75</sup> Finanzminister Lentze ging gegen solch ein Misstrauen besonders in persönlichen Antworten auf die Beschwerdebriefe vor und wurde dabei vom Staatssekretär des Reichsamts des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, Clemens von Delbrück, unterstützt, der ebenfalls seinen Kollegen aus dem Herrenhaus zusicherte, dass der Vorwurf der Indiskretion haltlos sei.<sup>76</sup> Viel-

67 Strafanzeige des Regierungsrats Martin gegen die Staatsanwaltschaft, in: Berliner Allgemeine Zeitung, 13.3.1911, S. 2.

68 Hausdurchsuchung bei Regierungsrat Martin, in: Berliner Allgemeine Zeitung, 12.3.1911, 1. Beiblatt.

69 Das bedrohte Steuergeheimnis, in: Der Tag, 5.4.1911, in: GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

70 Ein Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen, in: Deutsche Zeitung, 10.3.1911, Morgenausgabe, S. 2.

71 Das goldene Buch der Millionäre, in: Berliner Tageblatt, 4.3.1911, Morgenausgabe, 1. Beiblatt.

72 Das Jahrbuch der Millionäre, in: Berliner Tageblatt, 7.3.1911, 1. Beiblatt, S. 2.

73 Ebd.

74 Aus Anlaß der Herausgabe eines Jahrbuchs der Millionäre, in: Berliner Politische Nachrichten, 7.3.1911, S. 1.

75 Das bedrohte Steuergeheimnis, in: Der Tag, 5.4.1911, in: GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

76 Delbrück an den Geheimen Regierungsrat Herrn Heinrich Theodor von Böttinger, Mitglied des Herrenhauses, 13.3.1911, dieses Schreiben leitete er auch an den Finanzminister weiter und sicherte ihm seine Unterstützung zu: Delbrück an den Finanzminister, 18.3.1911, beide in: GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

mehr verwiesen beide darauf, dass Martins Jahrbuch einfach jeglicher Wissenschaft widerspreche und »zum Zwecke der Reklame gemachte grobe Übertreibungen und Unwahrheiten enthalten dürfte«. <sup>77</sup> Auch in der Berichterstattung vieler Zeitungen dominierte eine Debatte um die Wissenschaftlichkeit des Werks. Martin wurde diese zunehmend abgesprochen und der Sensationslust bezichtigt. <sup>78</sup>

Abbildung 3:

Die Satirezeitschriften, wie der »Kladderadatsch«, griffen die Balance zwischen öffentlichem Interesse und privater Angelegenheit von Reichtum im Kaiserreich in Karikaturen und Gedichten auf.

**Kleinige Ketzler-Mannchen**  
**RUDOLF MOSSE**  
Annoncen-Expedition für  
sämtliche Zeitungen, Druck-  
kabin und des Auslandes  
in Berlin 9/19, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Prag, Stuttgart, Wien, Zürich

**Nr. 13 Drittes Beiblatt**

# Kladderadatsch

**ANZEIGENPREIS**  
für die vierzeilige (180 mm  
breite) Annoncen-Zeile oder  
deren Raum: Mark 1.—

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

**LXIV. Jahrgang**

**Die armen, gequälten Millionäre**

Ist einer wo ein Millionär  
 Und fühlt sich fest geborgen,  
 Gleich läuft der böse Martin her  
 Und macht ihm große Sorgen!  
 Und eifrig ist der Kerl dabei  
 Gleichwie ein Hund der Polizei!



**Erst forscht er, — ach, kein Fluch nützt! —  
Was bar in seinem Geldschrank sitzt.**



**Dann: Wie's erworden — o wie peinlich! —  
Ob durch „Krawatten“ oder — reinlich.**

Kladderadatsch, 26.3.1911, Drittes Beiblatt, S. 1.

Öl in die Diskussion gossen auch die Satirezeitschriften. Druckte der »Kladderadatsch« eine Karikatur ab, die Martin als Spürhund charakterisierte und ihn als Gefahr für die

<sup>77</sup> Finanzminister an den General Landschaftsdirektor der Provinz Sachsen, Herrn Ernst Carl Albert von Gustedt, Berlin 12.3.1911, GStA PK, I, HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

<sup>78</sup> Ein Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen, in: Deutsche Zeitung, 10.3.1911, Morgenausgabe, S. 2.

Millionäre thematisierte, deren biografische Skizzen den erlangten Reichtum bewertbar machten, so veröffentlichte der »Simplicissimus« unter der Überschrift »St. Martin« ein Gedicht, das in dem gewohnten sarkastischen Ton beide Parteien des Streits aufs Korn nahm:

»Rudolf Martin sprach zu seiner Seele  
 ›Wie bewirk ich, daß man von mir spricht?  
 Doch nur, wenn ich wieder mal erzähle,  
 Was man sonstwie nicht zu hören kriegt.

Dies bringt Ruhm und bringt zugleich Moneten.  
 Luftballone ziehen längst nicht mehr  
 Zweimal lässt sich Posado nicht töten.  
 Packen wir den bösen Millionär!«

Und er zog den Reichen dieser Erde  
 Indiskret den Faltenmantel ab,  
 Anders wie voreinst der heilige Märte,  
 Der den seinen an die Armen gab.

Doch Justizia, die grimme Dame,  
 Konfiszierte unseren Ehrenmann  
 – Immerhin, denn auch dieses ist Reklame,  
 Die der Weise stets gebrauchen kann.«<sup>79</sup>

Die Satirezeitschrift spielte in dem Gedicht zum einen auf frühere Skandale Martins an, die er mit seinen Büchern zum Luftkrieg oder durch seine Auseinandersetzung mit Graf von Posadowsky-Wehner, der hier verkürzt Posado genannt wird, ausgelöst hatte. Zum anderen brachte das Gedicht nicht zuletzt auch die Doppeldeutigkeit der martinschen Veröffentlichung zum Ausdruck: Die christliche Figur St. Martin mit seinem Mantel gab einen Fingerzeig darauf, dass das Aufzeigen von sozialer Ungleichheit eine ehrenhafte Tat sei, die jedoch im Falle Martins nicht ganz uneigennützig passieren würde: Moneten und Reklame werden deutlich als Motivation abseits der sozialreformerischen Ziele aufgezeigt. Ganz im gewohnten Gestus hielt die Zeitschrift der bürgerlichen Moral den Spiegel vor Augen. Auch der »Führer durch die deutsche Literatur des 20. Jahrhunderts« kategorisierte Rudolf Martin 1913 schließlich als sozialpolitischen Autor, dessen Publikationen aber keinen »literarischen oder politischen Wert« haben, sondern nur zur »Sensation« werden wollen.<sup>80</sup> Der schmale Grat zwischen Wissenschaftlichkeit und Publikationssensation führte zudem über die Frage nach dem Datenmaterial und seiner Deutung. Alain Desrosières betont, dass die Veröffentlichung von statistischem Datenmaterial stets mit der Frage verbunden sei, ob die Statistik lüge. Bezugspunkt in solch einer Debatte sei nicht immer nur die Kritik an der Realität, sondern immer auch an deren Konstruktion durch das Datenmaterial, also an der methodologischen Herangehensweise.<sup>81</sup>

Diese der Statistik immanente Frage musste sich auch Martin stellen und begegnete ihr mit einer detailreichen Rekonstruktion seines Vorgehens. Er kontierte mit einer »Verwissenschaftlichung des Sozialen«<sup>82</sup> und verwies darauf, dass gerade die Veröffentlichung der Namen, Adressen und Vermögensangaben der Millionäre zum Fortschritt der Wissenschaft beitrage:

79 *Ratatoste*, St. Martin, in: *Simplicissimus*, 27.3.1911, S. 891.

80 Vgl. Eintrag »Martin, Rudolf. Wilmersdorf geb. Herkunft 1.6.67«, in: *Max Geißler*, Führer durch die Literatur des 20. Jahrhunderts, Weimar 1913, S. 353.

81 *Desrosières*, Die Politik der großen Zahlen, S. 2f.

82 Der Begriff ist angelehnt an den Aufsatztitel von *Lutz Raphael*, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung der Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: GG 22, 1996, S. 165–193.

»Die bisherige Geheimhaltung des Vermögens und Einkommens ist ein Recht der Unwissenheit und des Aberglaubens des Mittelalters. Wer für den Fortschritt der Wissenschaft ist, der muß auch für die Aufklärung auf dem Gebiete des Vermögens und Einkommens sein. [...] Wer sich bemüht, die tote Statistik des Vermögens und Einkommens zu beleben, und das tote Zahlengerippe mit Namen auszufüllen, der leistet der Wissenschaft einen Dienst. [...] Cicero schätzte. Ich schätze nicht. Vielmehr entnehme ich die Zahl der amtlichen Statistik als eine absolut sichere Tatsache, die auch von der Gefahr eines Druckfehlers frei ist.«<sup>83</sup>

Martin formulierte beständig sein Selbstverständnis als Wissenschaftler und Sachkenner und unterlegte dies nicht zuletzt durch einen zitierten Briefwechsel mit Andrew Carnegie, der in seinem Buch »The Empire of Business« von 1903 behauptet habe, es gebe nur zwei Millionäre im ganzen deutschen Kaiserreich. Die Belehrung Carnegies hatte denselben Effekt wie die Widerlegung der Ausführungen von Gustav Schmoller, Professor der Nationalökonomie an der Universität Berlin und »der beste Kenner der Vermögens- und Einkommensverteilung in alter und neuer Zeit«.<sup>84</sup> Martin verwies zudem immer wieder auf seine eigenen bereits publizierten Schriften und ordnete sich damit in die Reihe von sozialpolitischen und wissenschaftlichen Autoren ein, die sich verstärkt mit sozialen Fragen seit dem späten 19. Jahrhundert beschäftigt hatten.

Besonders in den Mittelpunkt geriet dabei sein Buch »Unter dem Scheinwerfer« von 1910.<sup>85</sup> Hier hatte Martin zum ersten Mal den Versuch unternommen, die Vermögen der »reichsten Leute Preußens [...] wissenschaftlich unter Anführung der Quellen«<sup>86</sup> anzugeben – und auch hier klangen bereits die sozialreformerischen Gedanken der späteren Jahrbücher an. Die Tatsache einer klaffenden Schere zwischen Arm und Reich, also einer zunehmenden Existenz von sozialer Ungleichheit im Kaiserreich, sollte besonders eine detaillierte Analyse einer ungerechten Steuerpolitik belegen. Die indirekten Steuern, die vor allem »den kleinen Mann« trafen, wurden der Abwehr der Regierung gegen direkte Steuern gegenübergestellt, die mehr die »reichen Leute im Berliner Tiergartenviertel oder in Leipzig oder in Hamburg« betroffen hätten. Sarkastisch formulierte er:

»Je weniger direkte Reichssteuern eingeführt werden, um so sicherer ist es, daß die bewährten indirekten Steuern und Zölle bestehen bleiben. Und vielleicht gar noch erhöht werden. Besteuert den Kaffee und den Tee, das Bier und den Tabak höher! Wir polnischen Arbeiter rauchen gern unser Pfeifchen in dem Bewußtsein, die Machtstellung des Deutschen Reiches zu fördern.«<sup>87</sup>

Auch in den Jahrbüchern diente Martin für die Beschreibung der sozialen Ungleichheit in der Steuerpolitik die Gegenüberstellung von »kleinen« und »großen« Leuten, sei es eine Witwe gegen den Kaiser oder ein Arbeiter gegen einen der mächtigen Stahlmagnaten. Nicht zuletzt ein Verweis auf die Steuerbefreiung der Landesfürsten verdeutlichte die sozialpolitische Schieflage.<sup>88</sup>

Diese Debatte um soziale Ungleichheit griffen aber nicht alle Zeitungen auf. Besonders verwehrten sich die Zeitungen der großen Verleger dagegen, solch einer Diskussion Tür und Tor zu öffnen. Dies kann aber vor allem daran liegen, dass nicht nur die Politiker aus dem Abgeordneten- und Herrenhaus in Martins Liste zu finden waren, sondern auch die großen Verleger Rudolf Mosse und August Scherl.<sup>89</sup> Martin machte besonders detail-

83 *Martin*, Jahrbuch 1912, S. VII f.

84 Ebd., S. III.

85 *Rudolf Martin*, Unter dem Scheinwerfer, Berlin 1910.

86 Rudolf Martin an den Justizminister, 12.3.1911, GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

87 *Martin*, Unter dem Scheinwerfer, S. 13 f.

88 Vgl. beispielsweise: *Rudolf Martin*, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in der Provinz Schlesien, Berlin 1913, S. XVII und XXIV.

89 Vgl. beispielsweise die Einträge zu Rudolf Mosse, in: *Martin*, Jahrbuch Berlin 1912, S. 130–133, sowie zu August Scherl, in: ebd., S. 157–166.

reiche Angaben zu ihrem Vermögen. Während der folgenden Ausgaben des Jahrbuchs verschärfte sich der Konflikt zwischen den Verlegern und Martin. Die Angaben im Jahrbuch wurden immer ausführlicher und kritischer, und so nahmen auch die Artikel in der Massenpresse zu, die Martin diffamierten.<sup>90</sup> Martin selber beschränkte sich plötzlich auch nicht mehr auf die alleinigen Vermögensverhältnisse der Verleger, sondern kommentierte:

»Da der Berliner Lokal-Anzeiger ohne meine Genehmigung über den Inhalt eines meiner Bücher, nämlich meines Jahrbuchs der Millionäre, im März 1911, bevor das Buch erschienen war und der Text feststand, berichtete, so wird Herr Scherl meine Loyalität anerkennen, wenn ich aus seinen Büchern seine Bilanzen erst publiziere, nachdem dieselben abgeschlossen sind und unwiderruflich feststehen.«<sup>91</sup>

Solche noch kleinen Spitzen wurden dann aber zunehmend direkter, die Einträge proportional zu den anderen Millionären länger und sie wichen auch mehr und mehr von den eigentlichen Zielsetzungen des Buchs ab. Im Mittelpunkt stand plötzlich der persönliche Kampf zwischen Verleger und Autor:

»Es ist mir nicht möglich, in diesen Jahrbüchern jeden Mißstand im Deutschen Reiche zur Sprache zu bringen. Aber sobald ich das Gefühl habe, daß Mißstände meine Interessensphäre berühren, pflege ich einzugreifen. Der Berliner Lokal-Anzeiger strotzt zuweilen von Unwahrheiten und über solche Unwahrhaftigkeit habe auch ich schon zu leiden gehabt. [...] Dem Berliner Lokal-Anzeiger war es bekannt, daß ich von meiner Universitätszeit an für die ersten wissenschaftlichen Zeitschriften mit meinem Namen geschrieben habe, und daß ich durch viele Jahre als Reichskommissar für den Zolltarif in der Zolltarifkommission des Reichstags die Regierung vertreten und mehr als hundertmal öffentlich gesprochen habe, ohne jemals falsche Dinge zu behaupten. Auf jede unwahre Behauptung der Scherlschen Blätter über mich oder meine Publikation werde ich von jetzt an einige wahre Tatsachen über Herrn Scherl berichten.«<sup>92</sup>

Zusätzlich zu den ausführlichen Einträgen wandte sich Martin sogar in den folgenden Publikationen im Vorwort direkt an die beiden Verleger und konterte, dass allein die eigenen Angaben zu Scherl und Mosse die Verleger doch von der Richtigkeit seiner Angaben überzeugen müssten.<sup>93</sup> Große Genugtuung bereitete Martin dann schließlich, dass sich die Anschuldigungen der Zeitung sowie der preußischen Regierung als nicht haltbar erwiesen. Damit sah er seine im Jahrbuch gelieferten Daten bestätigt. Diese Schlussfolgerung teilten die Regierung und die genannten Zeitungen allerdings nicht.

### III. ZWISCHEN VERMARKTUNG UND POLITISCHER ZIELSETZUNG: DAS »JAHRBUCH DES VERMÖGENS UND EINKOMMENS DER MILLIONÄRE IN PREUSSEN« WIRD VERÖFFENTLICHT

Nach der Untersuchung beendete die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen Martin Ende April und am 25. Mai 1911 wurde das Verfahren offiziell eingestellt. Die Ermittlungen hatten letztlich keine Anhaltspunkte für ein Verfahren ergeben.<sup>94</sup> Ergebnis des Ermitt-

90 Vgl. beispielsweise: Beschlagnahme des »Jahrbuchs der Millionäre«, in: Berliner Lokal-Anzeiger, 11.3.1911, Abendausgabe, Beiblatt.

91 Eintrag zu August Scherl, in: *Rudolf Martin*, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Berlin, Berlin 1912, S. 158.

92 Ebd., S. 165f.

93 *Rudolf Martin*, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Berlin, Berlin 1913, S. VIII.

94 Erste Staatsanwaltschaft bei dem Königlichen Landgericht I. Berlin, 28.4.1911, Betrifft: Das Verfahren gegen den Schriftsteller Rudolf Martin aus Anlaß der Ankündigung des Buches »Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre Preußens«, Erlaß vom 8.3.1911, J Nr. II. 2837, der Oberstaatsanwalt an den Finanzminister, in: GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

lungsverfahrens war jedoch, so die offizielle Mitteilung, dass die von Martin angegebenen Zahlen über Vermögen und Einkommen der aufgelisteten Millionäre mit denen in den Steuererklärungen, Vermögensanzeigen und Staatssteuerlisten nicht annähernd übereinstimmten.<sup>95</sup> Diese Verlautbarung formulierte der Finanzminister sogar in einem Presseartikel vor, der schließlich »in die [...] Zeitung zu bringen« sei.<sup>96</sup> Die Massenpresse druckte diese Zeilen umgehend ab, ohne die Ergebnisse zu hinterfragen.<sup>97</sup> Der Berliner Lokal-Anzeiger schrieb sogar, dass damit das Interesse an dem eingeleiteten Verfahren ebenso erschüttert sei wie das Interesse am ganzen Buch.<sup>98</sup> Da es also keine rechtlichen Einwände gegen die Publikation gab, bemühte sich der Finanzminister, die Zahlenangaben von Martin zu diskreditieren und so den eigenen Vorwurf der Indiskretion gegen seine Behörde weiter zu entkräften. Er streute damit eine gezielte Falschinformation: Dolores Augustine konnte bereits nachweisen, dass die Zahlenangaben von Martin nicht nur mit der offiziellen amtlichen Steuerstatistik weitgehend übereinstimmten, sondern dass er auch die Zahlenangaben in den Unterlagen der Steuerbehörde weitgehend traf, auch wenn eine »klare Tendenz zur Überschätzung« festgestellt wurde.<sup>99</sup> Dies lag aber wahrscheinlich eher an der falschen Selbstdeklaration der Steuerzahler als an Martins falschen Zahlenangaben.

Neu war die gezielte Diffamierungsstrategie von Martins Werk jedoch nicht. Auch bei seinem bereits erwähnten Buch »Die Zukunft Rußlands« hatte ihm die Regierung die Wissenschaftlichkeit abgesprochen und, so August Bebel, Martin als »Mann der Wissenschaft« mithilfe der Norddeutschen Zeitung diskreditiert.<sup>100</sup> Auch der hochkonservative Hellmut von Gerlach bestätigte diese gezielte Kampagne und beschrieb sie gar als »offiziösen Feldzug«, bei dem die Regierung »hinter den Kulissen« den Verlag unter Druck gesetzt habe, das Buch nicht weiter zu vertreiben.<sup>101</sup> Der damalige Vorgesetzte von Rudolf Martin, Graf von Posadowsky-Wehner, verteidigte hingegen – ähnlich wie Lentze – die Ehrenhaftigkeit seiner eigenen Behörde im Parlament, die durch die martinsche Veröffentlichung damals ebenfalls ins öffentliche Blickfeld gerückt war.<sup>102</sup> Im Falle des umkämpften Buchs

95 Finanzminister an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht I, Berlin 13.3.1911, GStA PK, I, HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

96 Anlage Brief Finanzminister an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht I, Berlin 13.3.1911, GStA PK, I, HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

97 Vgl. beispielsweise: Keine Untersuchung wegen des Jahrbuchs der Millionäre, in: Deutsche Zeitung, 15.3.1911, Morgenausgabe, S. 3, die auch den Abdruck in der Norddeutschen Zeitung erwähnt. Vgl. auch: Die Beschlagnahme des »Jahrbuchs der Millionäre«, in: Vossische Zeitung, 15.3.1911, Morgenausgabe, 1. Beilage, S. 2.

98 Die Angelegenheit des Regierungsrats Martin, in: Berliner Lokal-Anzeiger, 14.3.1911, Abendausgabe, Beiblatt.

99 Augustine, Die wilhelminische Wirtschaftselite, S. 42.

100 August Bebel zu der Debatte zur Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Regierungsjahr 1906, in der 12. Sitzung, 14.12.1905, in: Reichstagsprotokolle 1905/06, Bd. 1, S. 314f.

101 Von Gerlach, zu der Debatte zur Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Regierungsjahr 1906, in der 12. Sitzung, 14.12.1905, in: ebd., S. 354f.

102 Graf von Posadowsky-Wehner, zu der Debatte zur Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Regierungsjahr 1906, in der 12. Sitzung, 14.12.1905, in: ebd., S. 357. Vgl. die Positionen von Gerlach und Posadowsky-Wehner zu Martin auch in der Debatte zur dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1906, nebst Anlagen (Nr. 9 der Drucksachen) aufgrund der Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung (Nr. 350 der Drucksachen). Antrag Nr. 255. Die Beratung wird fortgesetzt mit dem Etat für das Reichsamt des Innern fortdauernde Ausgaben, Kap. 7, in: Reichstagsprotokolle 1905/06, Bd. 4, S. 3481–3512.

zu Russlands Finanzsituation gelang es dem Reichsamt des Innern und hier federführend Graf von Posadowsky-Wehner jedoch, dass der Verlag sich von Martin distanzierte und auf die geplante Volksauflage verzichtete.<sup>103</sup> Lentze sollte wiederum mit seiner Strategie wenige Jahre später scheitern: Trotz der gezielten Diffamierung des Finanzministeriums erschien »Das Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen« schließlich im November 1911 und ihm sollten noch weitere Ausgaben für die verschiedenen deutschen Länder folgen.

Der Skandal um das Erscheinen brachte Martin und dem Verlag die bereits vom »Simplicissimus« prophezeite enorme Aufmerksamkeit und wurde sogar als Werbestrategie in den neuen Anschreiben gezielt genutzt: »Das durch seine Beschlagnahme noch mit weit grösserer Spannung erwartete ›Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preussen‹ ist nach der wieder erfolgten Freigabe durch die Staatsanwaltschaft nunmehr fertiggestellt und gelangt ab heute [...] zum Versand«, so verkündete der W. Herlet Verlag Ende Oktober 1911.<sup>104</sup> Martin schickte auch dem Finanzministerium die neue Ankündigung, was Lentze als persönliche Provokation empfand, wie die Anmerkungen am Rand des Anschreibens in den Akten belegen.<sup>105</sup> Er selbst erließ im Sommer 1911 umgehend eine Anweisung an alle Beamten seiner Behörde, die sie »aus gegebener Veranlassung« an die Pflicht erinnerte, »Vertretern der Presse keinerlei Mitteilungen über dienstliche Angelegenheiten zu machen«.<sup>106</sup> Dies war gegebenenfalls auch eine Vorsichtsmaßnahme gegen den Ansturm auf die Finanzbehörde, die Lentze mit der Veröffentlichung des Jahrbuchs erwartete.

Dabei richtete sich das martinsche Werk an ein ausgewähltes Publikum: Den verschickten Rundschreiben von Rudolf Martin lag eine kleine Postkarte bei. Diese sei auszufüllen und dem Verlag bei Interesse zuzuschicken. Das Anschreiben informierte, dass das Jahrbuch aufgrund seiner Eigenheit nur in einer geringen Zahl hergestellt werde. Der Verlag behielt sich somit vor, die Bestellungen zu prüfen und zu entscheiden, an wen das Buch direkt abgegeben werden könne. Solch eine Kontrolle verhindere, dass das Jahrbuch in unrechte Hände komme.<sup>107</sup> Bereits diese Maßnahme als auch der Preis von 45 RM belegen, dass die Zielgruppe nicht unbedingt die Arbeiterschicht war, die über die Verhältnisse der »reichen Bürger« aufgeklärt werden sollte. Zu den sozialkritischen Argumenten gesellte sich in den folgenden Publikationen immer mehr eine moderne Vermarktung der Jahrbücher, die Martin im März 1912 noch im W. Herlet Verlag, dann aber im Laufe des Jahres bis 1914 im Eigenverlag für 10 RM das Stück herausgab.<sup>108</sup>

103 Martin erhob wiederum Beleidigungsklage gegen den Prokuristen des Verlags und gewann diese auch. Von Gerlach in der Debatte zur dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1906, nebst Anlagen (Nr. 9 der Drucksachen) aufgrund der Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung (Nr. 350 der Drucksachen). Antrag Nr. 255. Die Beratung wird fortgesetzt mit dem Etat für das Reichsamt des Innern fortdauernde Ausgaben, Kap. 7, in: Reichstagsprotokolle 1905/06, Bd. 4, S. 3481 f.

104 Anschreiben W. Herlet Verlag an das Ministerium der Finanzen, Berlin, 31.10.1911, GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

105 Ebd.

106 Finanzminister an die vortragenden Räte und Hilfsarbeiter im Ratsgeschäft, 24.6.1911, GStA PK, I. HA, Rep. 151 HB, Filmnr. 1819.

107 Anschreiben W. Herlet Verlag an das Ministerium der Finanzen, Berlin, 31.10.1911, GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

108 Anschreiben W. Herlet Verlag, Berlin im März 1912, GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 1817. Der Rudolf Martin Verlag Berlin, Württembergische Straße 29, ist jedoch weder im »Adressbuch des Deutschen Buchhandels« noch in den »Verlagsveränderungen« verzeichnet. Bibliografisch lassen sich die Publikationen des Verlags 1912 bis 1915 nachweisen. Augenscheinlich

Vergleichskategorie, die sowohl in den Anschreiben als auch in den Vorworten genannt wurde, war der bereits bekannte und etablierte Gothaische Hofkalender:

»Personen, die man im Gothaer Almanach nur schwer findet, springen in dem ›Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre‹ durch die Größe ihres Vermögens sofort in die Augen. [...] Das Jahrbuch ist ein genealogisches Handbuch ebenso der bürgerlichen wie der adligen Familie, die durch ihr Vermögen hervorragen. Bei Besprechung der Millionäre behandelt der Verfasser in der Lebensbeschreibung auch diejenigen, die kein Vermögen von Erheblichkeit besitzen, aber die Allgemeinheit interessieren.«<sup>109</sup>

Hieran zeigt sich zum einen, dass Martin das Ziel hatte, die neue soziale Schicht der Einkommens- und Vermögensmillionäre, die eben nicht nur den Adel umfasste, sichtbar zu machen. Neben die Abstammung trat als wichtige Information über die Oberschicht des Kaiserreichs nun das Vermögen. Der Hinweis, dass auch die nicht vermögenden Teile der Familie aufgeführt wurden, belegt zum anderen eine Orientierung an den Bedürfnissen der Käuferschicht: Denn die Öffentlichkeit war augenscheinlich nicht nur am Erfolg der Millionäre, sondern auch am Zwiespalt und Verlust interessiert. Diese Neugierde bediente Martin gerne mit detaillierten Einzelheiten, die sich mit Familien- und Erbstreitigkeiten ganz an den Sprachduktus der sich zu dieser Zeit etablierenden Boulevardpresse anpassten.<sup>110</sup> Augenscheinlich trat nicht nur neben die sozialreformerischen Absichten, sondern auch neben den Anspruch an Wissenschaftlichkeit im Laufe der Veröffentlichungen eine Marktorientierung, die dem Vorwurf der Sensationslust der Anfänge neue Nahrung gab.

Diese gezielte Vermarktungsstrategie belegt darüber hinaus erstens, dass Martin Pressestimmen in den Vorworten abdruckte, die alle die Besonderheit und Wichtigkeit seines Buchs betonten.<sup>111</sup> Zweitens bot er der Werbeindustrie seine Publikation direkt an: Das Jahrbuch sei

»zugleich das wirksamste Insertionsorgan an die Millionäre und an die besitzenden Klassen überhaupt. Ein jedes Inserat im Text des Jahrbuchs der Millionäre kann nicht übersehen werden, sondern wird von den reichsten Personen gelesen und hat dauernde Wirkung. Denn das Jahrbuch der Millionäre nimmt auf dem Arbeitstisch der Millionäre denselben bevorzugten Platz ein wie der Gothaer Almanach.«<sup>112</sup>

Und mit solchen modernen Werbetexten hatte Martin Erfolg: Werbeanzeigen für Damen- und Herrenbekleidung, Verwaltung von Rittergütern bis zu Architekten für Villenbau sind in zunehmender Zahl im Jahrbuch zu finden.<sup>113</sup> Selbst der königliche Kommissar von Treschkow, der im Frühjahr die Hausdurchsuchung und Beschlagnahmung des Manuskripts

---

muss Martin die Publikationen eigenhändig verschickt haben und seine Bücher wurden nicht über die Zentralverteilungsstelle in Leipzig in den offiziellen Buchhandel gesendet. Der Verlag war allerdings bei der Handelskammer eingetragen, da Rudolf Martin am 12.3.1913 der Handelskammer und dem Königlichen Amtsgericht in Berlin-Mitte, Abteilung 86, mitteilte, dass die Rudolf Martin Verlagsbuchhandlung, Berlin-Wilmersdorf, Württembergische Straße 29, ihren Betrieb nach Berlin-N.W., Neue Wilhelmstraße 9, verlegt habe, Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02, Nr. 44145.

109 Ebd.

110 Vgl. *Cosima Winkler*, Die kommerzielle Wende der Berliner Massenpresse 1890–1914. Ökonomie per Kultur, in: *Sowi* 34, 2005, H. 4, S. 52–65.

111 Beispielsweise: *Rudolf Martin*, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Schleswig-Holstein, Berlin 1913, S. II.

112 *Rudolf Martin*, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in den drei Hansestädten, Berlin 1912, S. 20, sowie: *ders.*, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens in der Provinz Ost- und Westpreußen, Berlin 1913, S. II.

113 Vgl. beispielsweise die Werbeanzeigen in: *Martin*, Jahrbuch Preußen 1912, S. XI und 3, sowie: Jahrbuch Preußen 1913, S. 2.

geleitet hatte, schaltete 1913 eine Anzeige als Privatdetektiv für »zuverlässige, vertraute Ermittlungen und Beobachtungen«.<sup>114</sup>

Abbildung 4:

Die Einzelhändler im Luxussortiment schalteten zunehmend Werbeanzeigen im Jahrbuch. Darunter war auch der ehemalige Kriminalkommissar, der 1911 noch die Durchsuchung der Arbeitsräume und der Druckerei geleitet hatte.

4 Die reichsten Millionäre im Königreich Preußen.			5 Die reichsten Millionäre im Königreich Preußen.		
	Millionen Mark Vermögen	Millionen Mark Einkommen		Millionen Mark Vermögen	Millionen Mark Einkommen
Geh. Kommerzienrat Sigmund Nischott, Bankier, Berlin, Belleouestr. 12	41	1,5	Wirtl. Geh. Rat Dr. jur. Willh. v. Dirksen, Gröbzigberg, Reg.-Bez. Riegeln	32	3,060
Geh. Kommerzienrat Neuhold, Berlin, Regentenstraße 19	40	2,8	Kentier August Saniel, Düsseldorf, Goldsteinstraße 27	32	2,2
Generalkonsul Carl von Weinberg, Waldsried bei Schwandheim, Reg.-Bez. Wiesbaden	40	2,0	Ökonomierat Frh. von Dippe, Mitinhaber der Fa. Gebr. Dippe in Quedlinburg, Neuerweg 22, Reg.-Bez. Magdeburg	31-32	1,9
Dr. phil. Arthur von Weinberg, Frankfurt a. M., Niederräder Landstr. 8	40	2,0	Hermann Wallisch, Honorar-Konsul der Argentinischen Republik, Charlottenburg, Uhländstr. 8	31	1,8
Hans-Ulrich Graf von Schaffgotsch, Rgl. Kammerherr, auf Koppitz, Reg.-Bez. Oppeln	39	2,175	Jean Marie verw. Geh. Kommerzienrat Gustav Selwe, geb. Fischer, Teilh. der Fa. Balje & Selwe in Altana i. W., Bonn, Coblenzer Str. 139	31	1,7
Karl Graf von Schaffgotsch, einziger Sohn des Grafen Hans-Ulrich u. seiner verft. Gemahlin Johanna Gräfin v. Schomberg-Gobulla, auf Jüzhoff, Kr. Grottfau, D.-Schlef., Reg.-Bez. Oppeln	39	0,95	Fürst zu Solms-Baruth, Oberstkämmerer des Kaisers und Königs, Besitzer der Ständesherrschaft Baruth, Reg.-Bez. Potsdam, auf Ritzschdorf, Kreis Buzlau, Reg.-Bez. Riegeln	31	0,9
Eugen von Rulitz, Besitzer der Jba- und Marienhütte in Kasan, Bergwerks- u. Rittergutsbesitzer auf Jba- und Marienhütte in Kasan, Kr. Striegau, Reg.-Bez. Breslau	37	1,185	Freiherr Ferdinand von Krausopf, auf Schloß Hohenbusch bei Georgenborn, Kr. Wiesbaden	30	2,25
James Simon, Berlin, Tiergartenstr. 15 a	35	2,4	Geh. Reg.-Rat Wilhelm von Siemens, Charlottenburg, Berliner Str. 36	29-30	1,7
Frau Adeline verw. Geh. Kommerzienrat Theodor Bönninger, geb. Saniel, Duisburg, Düsseldorf Str. 49	35	2,26	Christian-Ernst Hermann Fürst zu Stolberg-Wernigerode, auf Schloß Wernigerode, Reg.-Bez. Magdeburg	29-30	0,64
Friedrich Saniel, Adoptivsohn des Kentier August Saniel, Düsseldorf, Goldsteinstraße 27	34	2,4	Bankier Hans von Weichroder, Berlin Bendlerstraße 39	29	2
Hugo Simmes, Wülheim a. Ruhr, Kettenbrüdlstr. 7	34	1,9			

**von Tresckow**  
Königl. Kriminalkommissar a. D.  
Zuverlässigste vertraul. Ermittlungen und Beobachtungen jeder Art.  
Berlin W 9, Potsdamerstraße 134 a  
i. Telefon: Amt Lützow No. 6051. :-

Hotel  
**Der Königshof**  
Berlin NW. 7  
Neue Wilhelm-Straße 9/11

Werbeanzeigen in: Rudolf Martin, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen, Berlin 1913, S. 4f.

Aber offenbar beschränkten sich die Werbeaktivitäten nicht allein auf das Abdrucken von Inseraten. Rudolf Mothes berichtete in seinen Erinnerungen:

»Vielen, aber nicht allen reichen Leuten war es peinlich, ihren Namen in Martins Adressbuch zu finden. Mich suchte einer meiner Millionär-Klienten auf und bat mich um schleunige Abhilfe. Ich versicherte ihm, dass sein Kredit keinesfalls leiden würde. Es verlautete, dass Rudolf Martin Beziehungen zu Einkommenssteuerbeamten fand und seine Angaben verlässlich seien. Meinem Klienten kündigte ich als Hauptschattenseiten seiner Aufnahme in das Verzeichnis der Millionäre einige Anborgversuche, die Zusendung von Angeboten der Kraftwagenfabrikanten und Händler, der Pelzkonfektionäre, Reisebüros, Juwelieri und Versicherungsagenten an. Einen größeren Anborgversuch half ich ihm abschlagen.«<sup>115</sup>

114 Martin, Jahrbuch Preußen 1913, S. 4.

115 Mothes, Lebenserinnerungen eines Leipziger Juristen, S. 14.

Auch der Journalist Richard Nordhausen hoffte, dass neben »den Bettelbriefschreibern, den Wohltätigkeitsunternehmen, den Auto- und französischen Sekt-Fabrikanten auch Nationalökonomien und Politiker Martins Veröffentlichungen zur Hand nehmen werden.«<sup>116</sup> Einen Profit strichen aber nicht nur die Produzenten im Luxussortiment ein: Das große Interesse für seine Jahrbücher machte auch Martin zunehmend vermögend. So residierte er schließlich nicht mehr in der Württembergischen Straße in Berlin, sondern im Hotel Königshof in der Neuen Wilhelmstraße, dessen Briefpapier er auch immer häufiger für seine Korrespondenz nutzte.<sup>117</sup> In »Griebens-Reiseführer Berlin« wurde das Hotel unter der Rubrik »Hotel I. Ranges« aufgeführt, das vor allem »durch die dort gepflegte vornehme Diskretion« überzeuge. Nicht minder interessant scheint, dass der »Fiskus« das Hotel etwa um 1900 gekauft hatte und Martin somit unter dem Dach des eigenen Gegners wohnte.<sup>118</sup>

Im Laufe der weiteren Publikation des Jahrbuchs änderten sich nicht nur die Zielsetzungen und Werbestrategien, sondern auch Martins Erhebungen. Er griff nicht allein auf die Statistik der Einkommens- und Vermögenssteuer zurück. Die Millionäre selbst korrigierten seine Angaben.<sup>119</sup> So kommentierte Martin: »Die Zahl der freiwilligen Mitarbeiter meines Unternehmens ist in beständigem Wachsen und diese Mitarbeiter sind vielfach Personen, die nach Vermögen und Geburt an der Spitze unserer Gesellschaft stehen.«<sup>120</sup> Durch diese Mitarbeit erlange sein Jahrbuch immer mehr »authentischen Charakter«.<sup>121</sup> Zu dem anfänglichen Protest gegen die Persönlichkeitsrechte gesellte sich der Wille einzelner Millionäre, auf der richtigen Position auf der Liste aufzutreten. Diese laufenden Korrekturen der Liste konterkarierten zunächst ihren Anspruch auf Vollständigkeit und Abgeschlossenheit und damit auch auf Martins eigene Wissenschaftlichkeit.<sup>122</sup>

Eine Liste wird in der wissenschaftlichen Literatur meist als eine Zusammenführung von Dingen beschrieben, die Wissen und Information einfangen soll, Elemente ordnet und insgesamt einen linearen Weg vorgibt. Sie trägt damit zur Schematisierung bei und erhebt sich gleichzeitig zum abgeschlossenen System. Diese Abgeschlossenheit, die der Liste zugesprochen wird, untergrub Martin, indem er sie immer wieder veränderte oder in ihre Struktur von außen eingreifen ließ. Auch die eigene Kommentierung widersetzte sich den Charakteristika, die der Liste zugeschrieben werden. François Jullien betont, dass die Liste meistens ein Bedeutungsganzes darstellt, das ohne Erklärung kommentiert und gerechtfertigt wird. Er formuliert: »Nichts scheint kulturell neutraler zu sein, als eine Liste zu erstellen.«<sup>123</sup>

116 Richard Nordhausen, Das Jahrbuch der Millionäre, in: Der Tag, 18.11.1911, in: GStA PK, I, HA, Rep. 151 II, Nr. 1817.

117 Vgl. zum Beispiel die Mitteilung am 12.3.1913 an die Potsdamer Handelskammer, Sitz Berlin, an das Königliche Amtsgericht in Berlin-Mitte, Abteilung 86, dass Rudolf Martin Verlagsbuchhandlung, Berlin-Wilmersdorf, Württembergische Straße 29, ihren Betrieb nach Berlin-N. W., Neue Wilhelmstraße 9, verlegt habe, Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02, Nr. 44145. Vgl. zudem einen Brief von Rudolf Martin an das Amtsgericht Berlin, 29.4.1913, Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02, Nr. 44145.

118 Angaben dazu finden sich in: Laurenz Demps, Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht, Berlin 2010, S. 95f.

119 Rudolf Martin, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre im Königreich Sachsen, Berlin 1912, S. II.

120 Martin, Jahrbuch Berlin 1913, S. IX.

121 Rudolf Martin, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in der Rheinprovinz, Berlin 1913, S. X.

122 Diese Technik sieht Jacqueline Pigeot als charakteristisch für eine Manipulation der Liste an: Jacqueline Pigeot, Die explodierte Liste. Die Tradition der heterogenen Liste in der alten japanischen Literatur, in: François Jullien (Hrsg.), Die Kunst, Listen zu erstellen, Berlin 2004, S. 73–121, hier insb.: S. 81f.

123 François Jullien, Einleitung, in: ebd., S. 7–14, hier: S. 10.

An den bereits genannten Diskussionen wird deutlich, dass Martin genau diese offene Interpretation seiner Aufzählung nicht im Sinn hatte, sondern vielmehr eine eigene Deutung vorgeben wollte: Den Sinn und den Zweck seiner Liste betonte er selber in den Vorworten und er verwies darauf, was ihre Funktion sei. Interessant erscheint auch, dass Martin seine Liste nicht wie üblich durch eine eigene Zählung sortierte, sondern die Hierarchisierung allein durch die Höhe des Vermögens und Einkommens bestimmt wurde.

Die doppelte Offenheit der martinschen Liste steht aber nicht zwangsläufig im Widerspruch zu der Technik der Auflistung. Sie zeigt vielmehr die Funktionen, die ihr abseits der Ordnung ebenfalls zugesprochen werden: Wie Jullien ausführt, ist die Liste nicht nur eine Ordnung der Aufzählung, bei der beide Endpunkte der Aufzählung sich als Antipoden abstoßen und den Abstand zum Ausdruck bringen. Sie ist vielmehr vom Wechselspiel von Statik und Dynamik geprägt.<sup>124</sup> Der Leser betrachtet die Liste nicht als leblos, sondern arbeitet daran, der Auflistung eine Bedeutung zu geben.<sup>125</sup> Listen sind, so Sabine Mainberger, zum Suchen und Finden gedacht.<sup>126</sup> So war auch eine gängige Praxis der Reichen, sich selbst in der Liste zu suchen, zu markieren und gegebenenfalls auch Korrekturen vorzunehmen. Besonders interessant sind die Fälle, die nicht nur an ihren Namen, sondern auch an jenen von Bekannten oder Konkurrenten ein Kreuz gesetzt haben.<sup>127</sup> Das Jahrbuch wurde somit zum Kommunikationsmittel der reichen Oberschicht über sich selbst. Die eigenen Korrekturen standen dabei nicht selten im Widerspruch zu den Zahlen in den Steuerstatistiken, was wieder erneut weniger auf eine eigene Überschätzung als vielmehr auf eine falsche Selbstdeklaration bei der Steuer zurückzuführen ist.

Abseits der Debatte um direkte Steuern und ihre Gerechtigkeit kam es gerade zu Ende des Jahres 1911 und im Verlauf des Jahres 1912 zu Diskussionen über die Wirksamkeit der eigenen Steuerdeklaration der Reichen in Medien, Politik und Parlament.<sup>128</sup> Dieser Aspekt rückte auch in den Vorworten von Martins Jahrbüchern immer mehr in den Vordergrund:

»Ich werde aber im Laufe der Jahrbücher auch auf Fälle kommen, wo nach meiner Überzeugung die amtliche Veranlagung des Vermögens eine viel zu geringe ist. In Preußen ist niemand verpflichtet, sein Vermögen zu deklarieren. Der Deklarationszwang gilt nur für das Einkommen. Bei der Unvollkommenheit der Gesetzgebung ist es selbstverständlich sehr gut möglich, daß eine Person sein Vermögen und Einkommen genau nach den Vorschriften des Gesetzes richtig deklariert, in Wirklichkeit aber viel zu geringe Summen angibt.«<sup>129</sup>

Ein gern zitiertes Beispiel für solch eine falsche Selbstdeklaration war für Martin bald August Thyssen.<sup>130</sup> Er erklärte zudem den Lesern die Lücken des Steuersystems explizit

124 *François Jullien*, Die praktische Wirkkraft der Liste: von der Hand, vom Körper, vom Gedicht, in: ebd., S. 15–55, hier: S. 24f.

125 *Karine Chemla*, Von Algorithmus als Operationsliste, in: ebd., S. 51–72, hier: S. 62f.

126 *Sabine Mainberger*, Von der Liste zum Text – vom Text zur Liste. Zu Werk und Genese in moderner Literatur. Mit einem Blick in Perecs Cahier des charges zu La Vie mode d'emploi, in: *Gundela Mattenklott/Friedrich Weltzien* (Hrsg.), Entwerfen und Entwurf. Praxis und Theorie des künstlerischen Schaffensprozesses, Berlin 2003, S. 265–283, hier: S. 279. Vgl. auch dazu: *dies.*, Die Kunst des Aufzählens. Elemente zu einer Poetik des Enumerativen, Berlin 2003.

127 So gesehen in der aufgehobenen Liste des Nachlasses von Fritz Aschinger, der auf Seite 19 aufgeführt wurde und sogar Korrekturen in der Liste selber vornahm. Liste der reichsten Millionäre von Groß-Berlin, Tresor 3. Fach 126 1069, Stadtarchiv Berlin, Aschinger's AG, 1069.

128 Vgl. vor allem die Sitzungen des Abgeordnetenhauses am 29.2.1912, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Legislaturperiode, V. Session 1912/13, Bd. 2, Berlin 1913, S. 1943f. Vgl. auch: Die Steuerehrlichkeit der Besitzenden, in: Die Tribüne, 1.8.1911, in: GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 2362.

129 *Rudolf Martin*, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in der Provinz Brandenburg, Berlin 1913, S. VII.

130 *Martin*, Jahrbuch Rheinprovinz 1913, S. VI.

und riet sogar dem Finanzminister, das Jahrbuch intensiv zu studieren, wenn er eine Ahnung vom echten Steuervolumen des Reichs bekommen wolle.<sup>131</sup>

Martins neue Zahlen und auch seine Erklärungen unterstützten also den öffentlichen Wunsch nach gezielten Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung.<sup>132</sup> Sie dienten dabei auch gerade der Lokalpresse zur Ermahnung an ihre reichen Mitbürger. So korrespondierte der Vorsitzende der Einkommensteuer-Berufungskommission der Königlichen Regierung Münster mit dem Finanzministerium über Herzog Engelbert-Maria von Arenberg, dessen abweichende Vermögensangaben mit dem Verweis auf Martin in einem Presseartikel angeführt wurden. Er bekräftigte, dass die Zahlenangaben Martins vielversprechend seien und deswegen eine erneute Prüfung für die Besteuerung des Herzogs eingeleitet werden müsse.<sup>133</sup> »Das Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre« wurde also auch vereinzelt von amtlicher Stelle eingesetzt, um Steueründern nachzuspüren. Die Leserschaft des Jahrbuchs war damit teilweise äußerst gegensätzlich und reichte von Sozialreformern über die Millionäre bis zur Beamtenschaft. Oder wie der »Kladderadatsch« sarkastisch anführte, setzte sich die Kundschaft des »größten Deutschen nach Bismarck« aus unverheirateten Offizieren, Heiratsvermittlern, Einbrechern, evangelischen Kirchenbauvereinen und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zusammen.<sup>134</sup>

Besondere Dynamik erhielten die Publikationen der Jahrbücher in der Debatte um den Wehrbeitrag 1913. Wie Carsten Burhop ausführt, benötigte das Reich für »Weltpolitik und Flottenbau« zunehmend mehr Geld, was einen großen Einfluss auf die Steuerpolitik des Staats hatte.<sup>135</sup> Auch Hans-Peter Ullmann betont, dass »auf den Weg ergiebiger direkter Reichssteuern [...] erst die fortschreitende »Militarisierung der Reichsfinanzen« vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs« führte. Ullmann hebt hierbei insbesondere die Wehrevorlage von 1913 hervor. Diese hatte zur Folge, dass in den kommenden drei Jahren mit dem Wehrbeitrag eine allgemeine progressive Vermögens- und Einkommenssteuer sowie von 1917 an eine Vermögenszuwachssteuer erhoben werden sollte. Der Wirtschaftshistoriker urteilt: »Diese griff als erste direkte Reichsteuer massiv in die Finanzrechte der Bundesstaaten ein und wies, weil sie Entstehung und Übertragung von Vermögen belastete, in Richtung einer Reichseinkommenssteuer.«<sup>136</sup>

Rudolf Martin nutzte seine Vorworte nun auch zu Stellungnahmen in dieser Angelegenheit.<sup>137</sup> Er erinnerte seine Leserschaft an die patriotische Aufgabe und den Staat an das Potenzial des Steuervolumens, das dieser lange Zeit verschenkt habe.<sup>138</sup> In diesem Zusammenhang wurde auch die internationale Presse intensiv auf die Jahrbücher aufmerksam. Hatte diese zwar auch zu Beginn der Publikation im Jahr 1911 darüber berichtet und dies zum Anlass genommen, die Zahlen als Beweis des neuen Reichtums in Europa zu deuten, vermehrte sich die Berichterstattung kurz vor dem Ersten Weltkrieg.<sup>139</sup> So formulierte der San Francisco Chronicle:

131 *Martin*, Jahrbuch Provinz Brandenburg 1913, S. VIII; *Martin*, Jahrbuch Provinz Schlesien 1913, S. Vf.

132 Maßnahmen gegen die Steuerhinterziehung, GStA PK, I. HA, Rep. 151 II, Nr. 2362.

133 Der Vorsitzende der Einkommensteuer-Berufungskommission an den Finanzminister, 5.6.1913, ebd. Vgl. auch: Berliner Tageblatt, Herzog von Arenberg als Regalherr, 6.5.1913, in: ebd.

134 Kladderadatsch, k.T., 26.3.1911, Drittes Beiblatt, S. 4.

135 *Carsten Burhop*, Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreichs 1871–1918, Göttingen 2011, S. 90f.

136 *Ullmann*, Die Bürger als Steuerzahler, S. 213.

137 *Rudolf Martin*, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Bayern, Berlin 1914, S. 1–5.

138 *Martin*, Jahrbuch Provinz Schlesien 1913, S. V–XXV.

139 Zu der Erstveröffentlichung vgl. beispielhaft: Prussia has 8.300 Millionaires: Richest Person in the Kingdom is a Woman, whose Fortune is Nearly \$ 50.000.000, in: Wall Street Journal, 25.11.1911, S. 6.

»The announcement that the princely houses of Germany have consented to abandon their right to freedom from taxation in order that the so-called ›war tax‹ of £ 30.000.000 may be paid more easily gives a special interest to a new publication of Herr Rudolf Martin's ›Year Book of the Silesian Millionaires‹.«<sup>140</sup>

Und auch der Observer sowie die New York Times stellten einen direkten Zusammenhang zwischen den martinschen Publikationen und der öffentlichen Debatte über den Wehrbeitrag her.<sup>141</sup> Die New York Times empfahl Martins Buch sogar in ihrer Rubrik »Books that help in Following War News«, dessen Liste die New York Library erstellt hatte.<sup>142</sup> Martin nutzte diese internationale Aufmerksamkeit erneut für seine Werbestrategie und warb, dass »die Jahrbücher der Millionäre nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt von der besitzenden Klasse gekauft und mit Eifer gelesen werden.«<sup>143</sup>

Die verstärkte Aufmerksamkeit für die Jahrbücher begleitete auch wieder eine gezielte professionelle Vermarktung. Er gab alsbald Gesamtausgaben heraus und im August 1913 schließlich eine Neuauflage seines ersten Jahrbuchs von 1911 mit zahlreichen Verbesserungen und Ergänzungen.<sup>144</sup> Mit dem Jahrbuch für das Königreich Sachsen 1914 erschien aber die letzte Ausgabe des »Jahrbuchs des Vermögens und Einkommens der Millionäre«.<sup>145</sup> Im Jahrbuch für Bayern 1914 hatte Martin bereits angekündigt, dass »vor dem Frühjahr 1915 [...] wahrscheinlich keine neubearbeitete Ausgabe der bisher erschienen 18 Bände« erscheinen werde.<sup>146</sup> Der Grund für die Einstellung nach 1914 ist quellenbasiert nicht nachzuvollziehen. Ohne Zweifel verhinderte der Erste Weltkrieg, wie Theodor Häbich feststellt, zunächst die Fortsetzung der Reihe.<sup>147</sup> In dieser Zeit machte sich Martin vielmehr als Sachkenner von internationalen Affären in der internationalen Presse erneut einen Namen, wie er es bereits vor den Jahrbüchern mit seinen Publikationen über die Beziehungen von Deutschland zu England, Russland und Japan getan hatte.<sup>148</sup>

Auch sozialpolitisch blieb Martin zur Zeit des Ersten Weltkriegs aktiv und schloss sich nach der Novemberrevolution der USPD, dem linken Flügel der Sozialdemokratie, an.<sup>149</sup>

140 Royal Incomes in Germany, in: San Francisco Chronicle, 1.5.1913, S. 6.

141 The Kaiser's Millions: His Estate Estimated at £ 19.700.000, in: The Observer, 25.1.1914, S. 11; Kaiser Richest German, in: The New York Times, 25.1.1914, S. 27. Vgl. auch: The Kaiser's Fortune, in: The Washington Post, 5.4.1914, S. MSI.

142 Books that Help in Following War News: The New York Public Library, in: The New York Times, 16.1.1914, S. BR345.

143 Beispielsweise in: *Martin*, Jahrbuch Bayern 1914, S. II.

144 *Brauer*, Der Verleger und Schriftsteller Rudolf Martin, S. A408.

145 *Augustine*, Die wilhelminische Wirtschaftselite, S. 36.

146 *Martin*, Jahrbuch Bayern 1914, S. I.

147 *Theodor Häbich*, Frankfurter Millionäre um 1910 nach Rudolf Martin, o.O. [1974], S. 3.

148 Indemnities that Stagger the Mind. Herr Martin's Outline of Levies by Germany, in: The Boston Daily Globe, 4.4.1915, S. 16; Nation and the Green Planet, in: The Observer, 17.10.1915, S. 15; 20 Useless Monarchs Cost Germans \$ 250.000.000 a Year, in: The Washington Post, 25.5.1918, S. 6.

149 *Bülow*, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 297. Martin stand wohl auch in engem Kontakt zur Deutschen Wirtschaftspartei. Hier war er vor allem dem Staatsrechtler und der Reichspartei des deutschen Mittelstandes Johann Viktor Bredt verbunden, für den er sich in den 1930er Jahren in der Presse aussprach und mitunter als sein »Sprachrohr« fungierte: vgl. *Martin Schumacher*, Mittelstandsfrent und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Bonn 1972, S. 190. Er kannte wohl Bredt über den Stammtisch von Heinrich von Zedlitz-Neukirch, den Martin auch in seinem Buch »Deutsche Machthaber« erwähnte: *Dieter Fricke*, Der deutsche Imperialismus und die Reichstagswahl von 1907, in: *ZfG* 11, 1961, S. 538–576, hier: S. 555.

Martin schrieb dann seit Mitte der 1920er Jahre Artikel für den »Vorwärts«.<sup>150</sup> In dem 1919 im Musarion Verlag erschienenen Buch »Die soziale Revolution. Der Übergang zum sozialistischen Staat«<sup>151</sup> entwickelte Martin radikale Visionen für das »Programm einer staatssozialistischen Umstrukturierung der gesamten Wirtschaft«.<sup>152</sup> Er sprach sich für eine Verstaatlichung aller Ritter- und großen Bauerngüter aus und lehnte einen generellen Bauernschutz ab. Sein sozialdemokratisches Engagement nutzte er auch in eigener Sache. So versuchte er, »sofort nach dem 9. November« Friedrich Ebert, allerdings erfolglos, zu bewegen, sich für eine Aufhebung des von Bülow initiierten Disziplinarverfahrens von 1908 einzusetzen, und verwies darauf, dass die beiden sozialdemokratischen Parteien aus seinem Fall ersehen könnten, wie die Reichsämtler »noch vollkommen in reaktionärem Sinne schalten und walten« würden.<sup>153</sup> Wenig half ihm ebenfalls Mitte der 1920er Jahre die Bitte an die Sozialdemokraten Friedrich Stampfer, Carl Severing, Rudolf Wissell und Philipp Scheidemann, »für [s]eine Wiederanstellung und Rehabilitierung tätig« zu werden.<sup>154</sup> Sein Scheitern in der Aufhebung des Disziplinarverfahrens bedeutete auch einen Verlust seiner Ansprüche auf die Beamtenpension und somit der finanziellen Absicherung im Alter.

#### IV. NACHSPIEL UND FAZIT

Trotz der Einstellung der Jahrbücher hörte Martin nach dem Ersten Weltkrieg nicht auf, sich mit der Auflistung von Millionären zu beschäftigen. So schrieb er einen Aufsatz in »Westermanns Monatsheften« im Mai 1929 mit dem Titel: »Die großen Vermögen vor und nach dem Kriege«.<sup>155</sup> Die internationale Presse stürzte sich auf die neue Veröffentlichung und interessierte sich dabei vor allem für die »Kriegsgewinner«, das Vermögen des Kaisers sowie den Zusammenhang von Reparationszahlungen und den reichen deutschen Magnaten.<sup>156</sup> Auch in den Akten des Landesarchivs Berlin im Nachlass der Aschinger AG ist eine von Rudolf Martin im September 1929 erstellte Liste für die reichsten Millionäre von Groß-Berlin enthalten, bibliografische Angaben hierzu finden sich allerdings nicht mehr. Zudem sind hier keine Angaben von Vermögens- und Einkommensverhältnissen aufgeführt, sondern allein die Namen und Adressen der Millionäre.<sup>157</sup>

150 Dies bekräftigte Martin in einem Brief an Hermann Müller am 8.6.1928, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AdsD), Nachlass Hermann Müller 43.

151 *Rudolf Martin*, Die soziale Revolution. Der Übergang zum sozialistischen Staat, München 1919.

152 *Martin Schumacher*, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923, Bonn 1978, S. 196.

153 Zit. in: ebd., Fußnote 33.

154 Rudolf Martin an Hermann Müller am 8.6.1928, AdsD, Nachlass Hermann Müller 43. Vgl. auch die Postkarte an Philipp Scheidemann vom 5.10.1918, AdsD, Sammlung Originalbriefe 2.85, auf der Rudolf Martin Scheidemann unmittelbar nach seiner Wahl zum Staatssekretär und Minister gratulierte und betonte, dass er ihm schon vor zwei Jahren vorausgesagt habe, dass die Sozialdemokraten durch den Weltkrieg »an das Ruder« kommen würden.

155 *Rudolf Martin*, Die großen Vermögen vor und nach dem Kriege in Deutschland, in: Westermanns Monatshefte. Illustrierte Zeitschrift fürs deutsche Haus 73, 1929, S. 256–260.

156 Reich Estimated to Have 8000 Millionaires: Figure Expected to Double in 4 Years More, in: The New York Times, 16.6.1929, S. E1; Former Kaiser's Wealth Climbs to \$ 120.000.000, in: Chicago Daily Tribune, 16.6.1929; Ex-Kaiser Wilhelm Worth \$ 103.000.000, in: The Washington Post, 16.6.1929, S. A 10; Germany's Rich Men. The Ex-Kaiser's Wealth. Reparations and the Magnats, in: The Observer, 25.8.1929, S. 8; From the World's Great Capitals, Berlin, in: The Christian Science Monitor, 27.9.1929.

157 Liste der reichsten Millionäre von Groß-Berlin, Tresor 3. Fach 126 1069, Landesarchiv Berlin, Aschinger's AG, 1069.

Theodor Häbich stellt fest, dass Martin um das Jahr 1930 »ein kränkelder, zermürbter und scheuer Mann« war, »der an den Aufruhr, den sein unfertig gebliebenes Werk einst hervorgerufen hatte, nur mit Mißbehagen dachte«. <sup>158</sup> Worauf Häbich diese Einschätzung stützt, führt er nicht aus und belegt dies auch nicht. Das konstatierte »Mißbehagen« verwundert, bekräftigte Martin in einem Schreiben 1938 doch selbst, dass seine Jahrbücher »weltbekannt« seien und diese »jede Universitätsbibliothek der Welt« besitze. <sup>159</sup> Von einem Missmut klang hier wenig an, vielmehr nutzte er die Erwähnung der Jahrbücher, um das Renommee seines Verlags zu belegen. Das Mißbehagen scheint ebenfalls wenig nachvollziehbar, kann Martin doch als Vorreiter einer neuen Form der öffentlichen Auflistung von privatem Vermögen verstanden werden. Bereits 1929 brachte Georg Wenzel den »Deutschen Wirtschaftsführer« heraus, der sich als Nachschlagewerk für die Lebensläufe von über 1.300 Wirtschaftspersönlichkeiten verstand und in ähnlicher Weise wie bereits die Bücher Rudolf Martins ein Bild einer neuen Oberschicht abbildete. <sup>160</sup> Auch das »Daily Mail Year Book« von David Williamson weitete seine Zusammenfassungen wichtiger Neuigkeiten des Jahres auf die Vermögensverhältnisse der Millionäre aus: Genau wie bei Martin finden sich in dem Jahrbuch 1927 die Namen und Vermögensangaben der reichen englischen Oberschicht. <sup>161</sup> Und nicht zuletzt ist in dieser Reihe der Nachfolger die bekannte Liste der reichsten Menschen der Welt des Magazins Forbes zu nennen, die seit 1987 erscheint und an die Technik der »Jahrbücher des Vermögens und Einkommens der Millionäre« von Anfang des Jahrhunderts in groben Zügen erinnert. <sup>162</sup> Hier standen aber bald nicht mehr die Millionäre, sondern zunehmend die Milliardäre im Fokus der Betrachtung.

Auch die Forschung betont wiederholt den wichtigen kulturellen Wert des »Jahrbuchs des Vermögens und Einkommens der Millionäre« und lobt die wissenschaftliche Leistung, die Martin erbracht habe. <sup>163</sup> Doch nicht nur hierfür kann die Bedeutung von Martins Jahrbüchern hervorgehoben werden. Auch in der zeitgenössischen Debatte über soziale Ungleichheit und Gerechtigkeit, über Reichtum und den gesellschaftlichen und politischen Umgang damit hat Martin einen wichtigen Beitrag geleistet. Die Untersuchung der Publikations- und Wirkungsgeschichte der martinschen Jahrbücher hat dabei die enge Verwobenheit der Sichtbarmachung von Reichtum durch Zahlen, Namen und kulturelle Praktiken gezeigt. Statistische Daten, öffentliche Diskurse und interne Aushandlungsprozesse reagierten aufeinander und miteinander. Dabei können vor allem drei wichtige Ergebnisse festgehalten werden:

Erstens zeigte sich, dass das Bedürfnis, Vermögen zu zählen und zu beschreiben, welches Ende des 19. Jahrhunderts entstand, mit der Notwendigkeit korrelierte, zu klären, wie mit Reichtum auf einer sozial-öffentlichen und politischen Ebene umgegangen werden sollte. Dafür waren auf der einen Seite Visualisierungen wie Statistiken oder eben die besagten Jahrbücher notwendig. Martin machte die soziale Lage im Kaiserreich auf eine besondere Art und Weise sichtbar, indem er individuelle Lebenswege in eine größere Entwicklung einband und mit seinen biografischen Lebensskizzen eine Grundlage für die

158 Häbich, Frankfurter Millionäre, S. 3.

159 Rudolf Martin, Regierungsrat, an das Amtsgericht Berlin in der Gerichtsstraße, 28.5.1938, Landesarchiv Berlin, Königliches Amtsgericht Charlottenburg, Abt. 552, A Rep. 342-02, Nr. 44145.

160 Georg Wenzel, Deutscher Wirtschaftsführer: Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten. Ein Nachschlagebuch über 1300 Wirtschaftspersönlichkeiten unserer Zeit, Hamburg 1929.

161 David Williamson, Daily Mail Year Book, London 1927.

162 Die erste Forbes-Liste erschien bereits 1982, berücksichtigte aber zunächst nur die 400 reichsten Amerikaner.

163 Vgl. insb.: Boelcke, Brandenburgische Millionäre, S. 395.

Bewertung von Reichtum lieferte. Zudem unterstützten diese Sichtbarmachungen von Vermögen den generellen Diskurs über die gesellschaftlichen Vor- und Einstellungen zur sozialen Differenz und insbesondere zu Reichtum. Die Diskussionen um das Jahrbuch belegten hierbei, dass nicht zwangsläufig die Wirklichkeit dieser sozialen Tatsachen hinterfragt wurde, sondern vielmehr die Methoden, die diesen Gesellschaftszustand einfingen. Rudolf Martins Selbstwahrnehmung war fest an die des Wissenschaftlers und sozialpolitischen Autors gebunden, seine Fremdwahrnehmung changierte jedoch. Eine Sensationsgier wurde ihm zunehmend bescheinigt, was besonders an zwei Dingen lag: Zum einen diente die Abrede der Wissenschaftlichkeit dem Staat, sich selbst der Kritik zu entziehen, in die er durch die Veröffentlichung geraten war. Zum anderen gaben auch Martins Werbemethoden und Vermarktungsstrategien diesem Vorwurf Nahrung.

Zweitens konnte eine Analyse der Diskussionen, die das »Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre« auslöste, belegen, dass das zeitgenössische Sprechen über soziale Ungleichheit und Reichtum eng an die Aushandlung über das Verständnis von öffentlichem Interesse und privater Angelegenheit gebunden war. Es war noch nicht genau geregelt, welche Aufgabe der Staat im Bereich des privaten Vermögens einnehmen sollte, und auch nicht, wie das Recht der Vermögenden selbst auszusehen hatte. Dies zeigte sich nicht zuletzt daran, dass die Debatte um die Jahrbücher mit der Diskussion über gerechte Steuerpolitik und über das Verhältnis von Steuerzahler und Fiskus verknüpft war.

Drittens konnte gezeigt werden, wie das »Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre« zu einem wichtigen gesellschaftlichen Spieler wie Politiker und Verleger auf der Liste aufgeführt und hatten durch ihr aktives Eingreifen Einfluss auf eine zeitgenössische Wahrnehmung der Jahrbücher. Zum anderen gesellte sich zu diesem anfänglichen Protest zunehmend der Wunsch nach einer richtigen Einordnung auf der besagten Liste. Diesem Bedürfnis kamen die Millionäre des Öfteren selbst nach und sandten Korrekturen an Martin. Auch auf das Selbstverständnis als neue Oberschicht hatte Martins Jahrbuch einen Einfluss, indem er die Bedeutung von Vermögen als wichtigem Charakteristikum betonte und die Abstammung in den Hintergrund trat. Er ermöglichte dieser Oberschicht zudem eine Selbstbeobachtung, indem sie Informationen über Freunde und Konkurrenten und auch über ihre eigene gesellschaftliche Einordnung erhielt. Martins Bücher stellten somit das soziale Bild des Kaiserreichs nicht nur dar, sondern auch her.

Der Aufsatz konnte darüber hinaus verdeutlichen, wie erkenntnisfördernd es ist, bereits häufig untersuchte Quellen gegen den Strich zu bürsten und neu zu lesen. Martins Liste zeigt weitaus mehr als allein die Vermögensverhältnisse einer reichen Oberschicht im Kaiserreich. Abseits der Aneinanderreihung von Namen und Zahlen veranschaulicht und belegt sie vielmehr einen Gesellschaftszustand und seine Deutung. Damit bestätigt sie das, was Umberto Eco allgemein für Listen herausgearbeitet hat. Diese seien, so Eco, kulturhistorische Konstanten und zeigten die Kluft zwischen Sichtbarem und Sagbarem in einer Gesellschaft.<sup>164</sup> Listen verraten folglich viel mehr über ihr gesellschaftliches Umfeld und bleiben nicht in einer Aufzählung stecken. Der andere Blick auf das Jahrbuch im vorliegenden Beitrag hat zudem deutlich gemacht, dass die in der Liste gefassten Vorstellungen über die soziale Ordnung des Kaiserreichs auf Reisen gingen. Der Aufsatz konnte das nur andeuten, weil er sich auf den preußischen beziehungsweise deutschen Binnenraum konzentrierte. Es wäre jedoch aufschlussreich, den transnationalen Aushandlungsprozessen intensiver nachzugehen, die Martins Liste über die deutsche Oberschicht in anderen Ländern auslöste. Auch wenn die Bewertung und Regulierung von Reichtum auf einer politisch- und öffentlich-nationalen Ebene stattfindet, wird dessen soziale und

164 Umberto Eco, *Die unendliche Liste*, München 2009, S. 18, 49f., 113f. sowie 353f.

gesellschaftliche Vorstellung stets von internationalen Einflüssen geprägt und durch die Abgrenzung zum Fremden bestimmt.

So intensiv sich Martin der reichen Oberschicht in einem Großteil seines Lebens annahm, so tragisch war sein Tod: Wegen der fehlenden Pensionsansprüche nach seinem Disziplinarverfahren von 1908 starb Martin verarmt in Berlin am 13. Oktober 1939. In einem intensiven Briefwechsel mit der Handelskammer und dem Amtsgericht Berlin über seinen noch bestehenden Verlageseintrag und der ausstehenden Gebühr bekräftigte der ehemalige Regierungsrat, dass ihm selbst für die Fahrt zum Amtsgericht sowie das Porto des Briefs das Geld fehle, von dem ausstehenden Ordnungsgeld von 50 RM ganz zu schweigen, er könnte »heute nicht einmal fünf Pfennige bezahlen«. Da er selbst kein Einkommen habe und nur von den Geldern lebe, die ihm sein Bruder borge, »also von Darlehen«, zahle er seit vielen Jahren keine Steuern mehr.<sup>165</sup> Auch der ehemalige Verleger des ersten Jahrbuchs, Wilhelm Herlet, verstarb in »vollständiger Armut«, jedoch bereits sechs Jahre zuvor in Berlin.<sup>166</sup> Die Tochter und ihr Sohn schlugen beide das Erbe aus.<sup>167</sup>

Trotz der Mittellosigkeit wollte Martin an seinem Verlag, der seit 1915 ruhte, weiter festhalten und wehrte sich noch zwei Monate vor seinem Tod im Alter von 72 Jahren gegen die Löschung.<sup>168</sup> Er gab vor allem dem Ersten Weltkrieg die Schuld für seinen sozialen Abstieg, führte mehrere Schriften an, die druckreif oder in fast fertiger Manuskriptform vorlägen, von denen »jeder Buchhändler« wüsste, dass sie »ein großer Erfolg werden«. <sup>169</sup> Doch selbst die Hinweise, dass er die »nationalsozialistischen Grundsätze zu allererst in Deutschland vertreten [habe]«, er Mitglied der Reichsschrifttumskammer I, Nr. 7853 sei und bereits mit Hermann Göring, Karl-Heinrich Bodenschatz, Hans Eichelbaum sowie der Pressestelle des Reichsluftfahrtministeriums in Verbindung stehe, die mit ihm als Luftkriegsexperten diskutieren wollten, überzeugten das Amtsgericht nicht.<sup>170</sup> Es stellte fest, dass bei dem »hohen Alter und der Mittellosigkeit des Firmeninhabers mit einer Wiederaufnahme nicht gerechnet werden« könne. Der Eintrag des Verlags Rudolf Martin wurde schließlich im November 1939, einen Monat nach seinem Tod, gelöscht.<sup>171</sup>

165 Rudolf Martin an das Amtsgericht Berlin, 10.8.1939, Landesarchiv Berlin, Königliches Amtsgericht Charlottenburg, Abt. 552, A Rep. 342-02, Nr. 44145. Vgl. zu der vorherigen Korrespondenz den Beginn der Umschreibung des Handelsregister ab 1.10.1937, Bereinigung des Registers, um gegenstandslose Eintragungen; 19.2.1938: Meldung der Industrie und Handelskammer Berlin an das Amtsgericht Berlin; Nachfragen bei Angehörigen, 2.3.1938; Das Amtsgericht Berlin an Rudolf Martin, 23.2.1938; Industrie- und Handelskammer an das Amtsgericht Berlin, 14.7.1938; Ordnungsstrafe von 50 RM wegen Unterlassen von Justizinspektor, 17.7.1939, alle in: Landesarchiv Berlin, Königliches Amtsgericht Charlottenburg, Abt. 552, A Rep. 342-02, Nr. 44145.

166 Max Franz Hahn, Rechtsanwalt und Notar, Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 130 a, 10.4.1933, In Sachen Herlet Pflegeschafft 32. VI. 51/33. Das Zitat stammt aus dem Schlussbericht, 25.4.1933, Landesarchiv Berlin, Amtsgericht Charlottenburg, Bezeichnung der Sache: Herlet, Rep. 42, Nachlass, A Rep. 342, Nr. 16664.

167 Emma Kallenbach, 9.6.1933, Ehemann Wilhelm bestätigt 1.7.1933. Auch der Sohn von Emma schlägt das Erbe am 29.7.1933 aus, Landesarchiv Berlin, Amtsgericht Charlottenburg, Bezeichnung der Sache: Herlet, Rep. 42, Nachlass, A Rep. 342, Nr. 16664.

168 Rudolf Martin an das Amtsgericht, 28.5.1938; Rudolf Martin an das Amtsgericht, 10.8.1939, beide in: Landesarchiv Berlin, Königliches Amtsgericht Charlottenburg, Abt. 552, A Rep. 342-02, Nr. 44145.

169 Rudolf Martin an das Amtsgericht, 10.8.1939, Landesarchiv Berlin, Königliches Amtsgericht Charlottenburg, Abt. 552, A Rep. 342-02, Nr. 44145.

170 Konrad Canis ordnet die Ausführungen von Martin zum Luftkrieg im Ersten Weltkrieg in der Rückschau sogar als »abenteuerlich« ein: Vgl. *Canis*, Der Weg in den Abgrund, S. 261.

171 Löschung der Firma aus dem Handelsregister, 22.11.1939, Landesarchiv Berlin, Königliches Amtsgericht Charlottenburg, Abt. 552, A Rep. 342-02, Nr. 44145.